



**DGB-Kreisverband  
Steinfurt**



**VdK-Ortsverband  
Rheine**



**Arbeiterwohlfahrt  
Ortsverein Rheine**



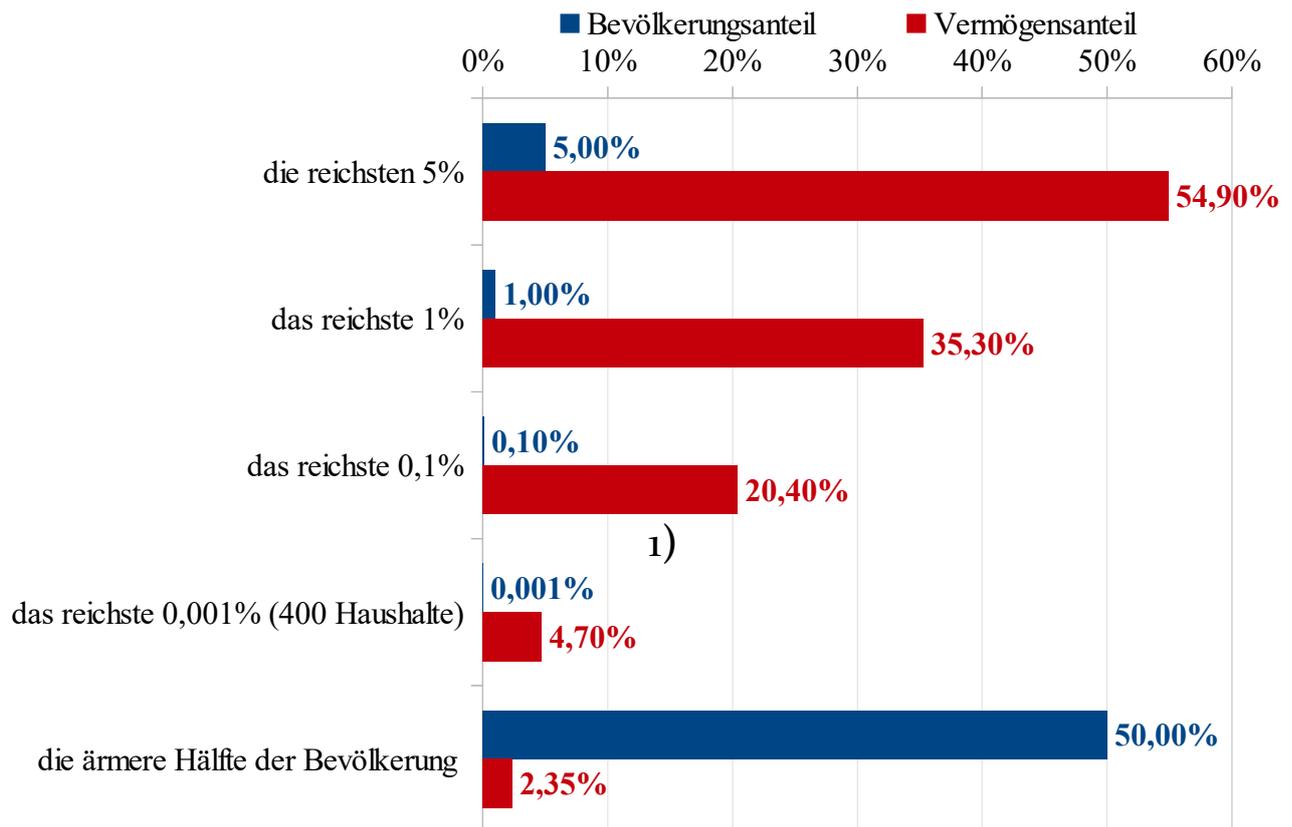
**ver.di  
Ortsverein  
Rheine**

# **Soziale Magersucht in einem reichen Land**

**Wie (un)sozial ist die  
„Soziale Marktwirtschaft“  
in der  
Bundesrepublik Deutschland?**

**Zusammengestellt  
von  
Herbert Bühner  
Vorsitzender  
DGB Ortsverband Rheine  
November 2022**

## Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2019



Daten für das Schaubild

Quellen: Studie des DIW „Looking for the Missing Rich: Tracing the Top Tail of the Wealth Distribution“, 2018.

DIW Wochenbericht 20-29-1: „MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen. Konzentration höher als bisher ausgewiesen“, 2020.

Die reichsten fünf Prozent der Bevölkerung (in der oberen Zeile) besitzen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, das reichste eine Prozent mehr als ein Drittel (in der zweiten Zeile).

400 Haushalte (in der zweitletzten Zeile) besitzen doppelt soviel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Diese ärmere Hälfte (in der untersten Zeile), das sind etwa 20 Millionen Haushalte, muss sich eine Vermögenssumme teilen, wie sie die 45 reichsten Menschen in Deutschland besitzen.

Diese Angaben sind Ergebnis zweier Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus den Jahren 2018 und 2020. Dort wird festgestellt: „Die Vermögenskonzentration und die Ungleichverteilung in der Bundesrepublik Deutschland sind weit extremer, als bisher statistisch belegt werden konnte.“

Gerade Unternehmerfamilien hätten in Deutschland großen Einfluss auf die Politik - durch direkten Zugang zur Kanzlerin, zum Kanzler, und den Ministerpräsidenten und durch teure Anzeigenkampagnen.

Die Folge: Nach wie vor sind die Privilegien für Reiche bei der Erbschaftsteuer riesig, eine Vermögensteuer gibt es nicht.

Zu ergänzen wäre: Auch Unternehmer – und Arbeitgeberverbände wie BDI und BDA sind Propagandamaschinen für die Interessen von Unternehmern und Reichen, ebenso das Institut der deutschen Wirtschaft und die Initiative neue soziale Marktwirtschaft.

Hinzu kommen tausende Lobbyisten.

---

## Nachrichten

# 2017: Mehr Millionäre

-wol- **RHEINE.** Die Zahl der Einkommensmillionäre ist im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen – nicht nur in NRW (um 7,5 Prozent auf 5673), sondern auch in Rheine. Wie Information und Technik Nordrhein-Westfalen als Statistisches Landesamt anhand jetzt vorliegender Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2017 mitteilte, gab es in der Emsstadt 26 Einkommensmillionäre – ein Plus von 30 Prozent zum Vorjahr (20). In der Rangliste aller 396 nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden kletterte Rheine damit vom 155. auf den 126. Platz. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass in der vorliegenden Statistik zusammen veranlagte Ehegatten als ein Steuerpflichtiger gezählt werden.

- Die Zahlen beruhen auf den Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2017. Sie können erst jetzt veröffentlicht werden, weil die anonymisierten Steuerdaten von den Finanzbehörden erst nach Abschluss aller Veranlagungsarbeiten für statistische Auswertungen zur Verfügung gestellt werden.

## „Milliardäre in Deutschland“

114 Milliardäre zählt Deutschland laut „Forbes World’s Billionaires“  
im Jahr 2019 – europaweit gemessen absoluter Spitzenreiter,  
vor Großbritannien (54) und Frankreich (41).

(Quelle: DIE REICHSTEN DEUTSCHEN 2019 – Forbes, 13. MAI 2019)

Das Vermögen von acht der zehn reichsten Deutschen schrumpfte  
im Jahr 2020 – teilweise um mehrere Milliarden US-\$.  
Zwei Personen konnten dagegen ihr Vermögen vermehren.

(Quelle: DIE REICHSTEN DEUTSCHEN 2020 – Forbes, 7. APRIL 2020)

138 Milliardäre zählt Deutschland im Jahr 2021, ein Anstieg um 35,2%.

(Quelle: DIE REICHSTEN DEUTSCHEN 2021 – Forbes, 19. MAI 2021)

Der entscheidende Unterschied zwischen Einkommen und Vermögen:  
Einkommen, soweit sie ausschließlich als Geld, also als Tauschmittel verwendet werden bzw.  
verwendet werden müssen, können nur ausgegeben, also konsumiert werden.

Die Milliardenvermögen hingegen bestehen nicht hauptsächlich aus Geld, sondern aus  
Produktionsmitteln zum Zwecke der Produktion von Mehrwert. Als Kapital sind sie also selbst  
wieder Quelle von Einkommen und Vermögen.

Die Entwicklungshilfeorganisation Oxfam berichtete:

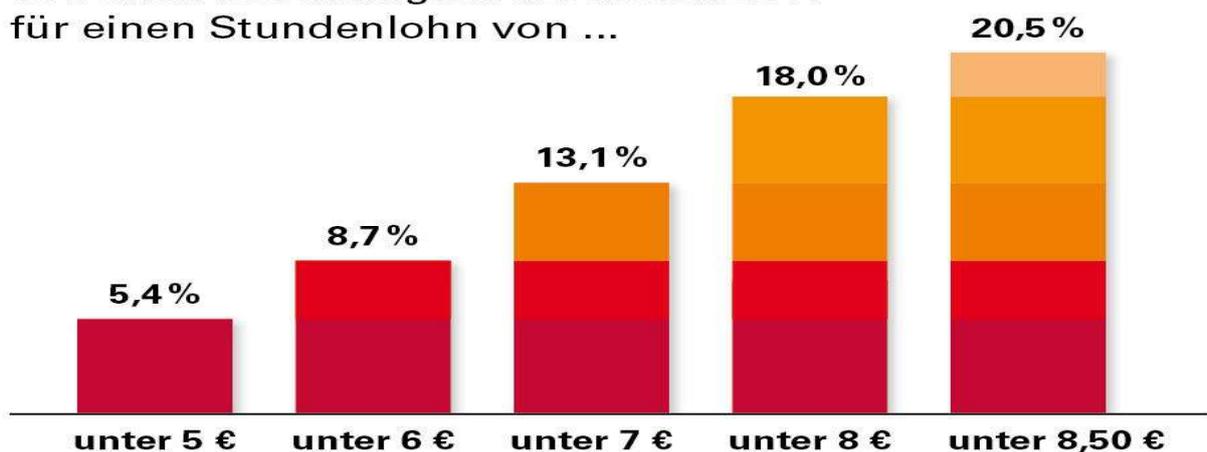
Während der Coronapandemie konnten die zehn reichsten Menschen in Deutschland ihr Vermögen  
von umgerechnet rund 125 Milliarden Euro auf etwa 223 Milliarden Euro steigern. Das ist ein  
Zuwachs von ca. 78%. Nachzulesen war dies im Handelsblatt vom 24. Januar 2022.

# Wenig Lohn für Viele

Der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen betrug ...



Von allen Beschäftigten arbeiteten 2011 für einen Stundenlohn von ...



Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

impuls\_grafik\_2013\_15\_2b\_rdax\_75s

Kommen wir nun zum anderen Ende der Einkommensskala.

Im Jahr 2011 musste ein Fünftel aller Beschäftigten für weniger als 8,50 Euro pro Stunde arbeiten, etwa 2 Millionen von ihnen, (das sind die 5,4% ganz links) sogar für weniger als 5 Euro pro Stunde.

Der Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen ist vom Jahr 1995 bis zum Jahr 2011 von 19,0% auf 23,9 % gestiegen.

## OHNE FORTSCHRITT: DER NIEDRIGLOHNSEKTOR

Stundenlöhne unter zwei Drittel des mittleren Lohnes in Ost-, West- und Gesamtdeutschland, 1995–2015, in Prozent der Beschäftigten



Die Niedriglohnschwelle lag 2015 bei einem Stundenlohn von 10,22 Euro.

© ATLAS DER ARBEIT/IAQ

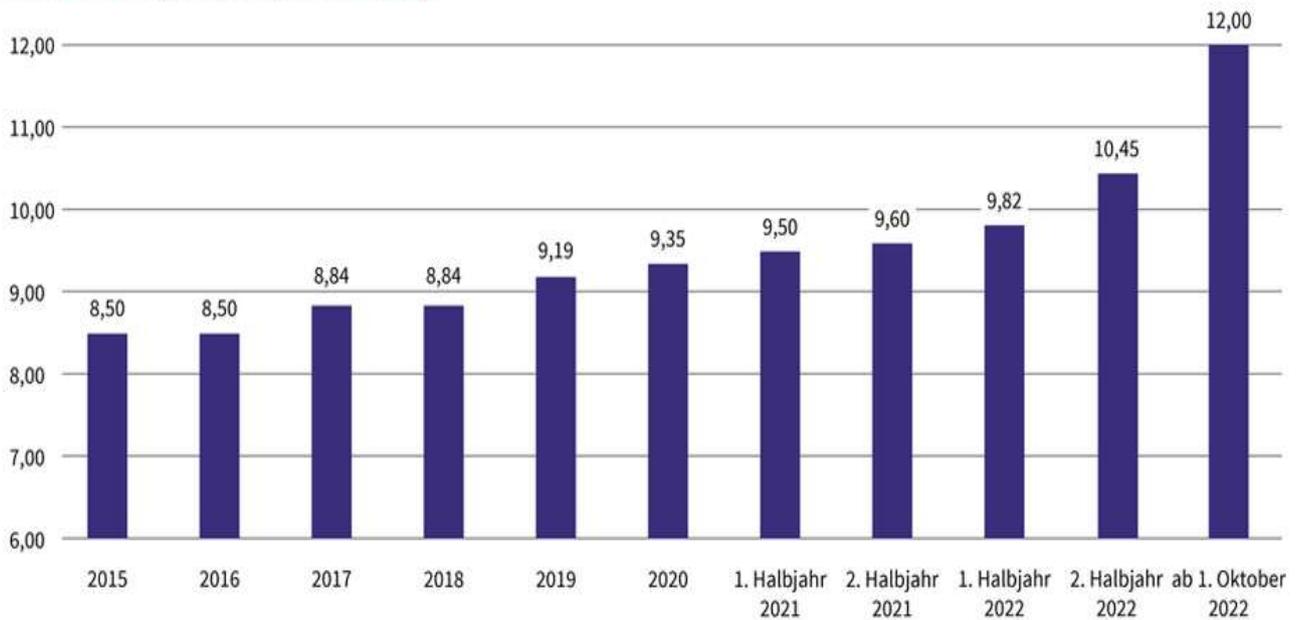
Quelle: [https://www.boeckler.de/pdf/atlas\\_der\\_arbeit\\_2018.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/atlas_der_arbeit_2018.pdf)

Der Niedriglohnsektor ist seit vielen Jahren und mit steigender Tendenz Bestandteil des deutschen Arbeitsmarktes.

In Westdeutschland arbeitet ein Fünftel aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor. In Ostdeutschland schwankt der Anteil zwischen 35% und 40%.

Schon im Jahr 2015 lag die Niedriglohnschwelle bei 10,22 Euro.

## Gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland 2015–2022 (in Euro pro Stunde)



Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Quelle: <https://www.dgb.de/schwerpunkt/mindestlohn>

Der Mindestlohn, im Jahr 2015 mit 8,50 Euro eingeführt, ist in diesem Jahr zuerst auf 10,45 Euro und jetzt ab Oktober auf 12,00 Euro erhöht worden. Das ist ein deutlicher Schritt in die richtige Richtung. Aber armutsfest ist der Mindestlohn damit noch lange nicht.

Im Jahr 2020 startete die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) eine Petition für einen armutsfesten Mindestlohn von 13,69 Euro.

Begründung: 13,69 Euro sind eine Frage der Menschenwürde, der Achtung und der Anerkennung für geleistete Arbeit. Ein Mindestlohn von 13,69 Euro pro Stunde entspricht 60 Prozent des Bruttomonatsverdienstes von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer\*innen im produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich. Das ist die tatsächliche Untergrenze für einen fairen Arbeitslohn, so die KAB.

Bei den aktuellen Preissteigerungsraten für Nahrungsmittel, Strom und Gas dürften diese Zahlen aber wohl schon wieder überholt sein.

# Die Entwicklung des Rentenniveaus

DGB

seit dem Jahr 2000



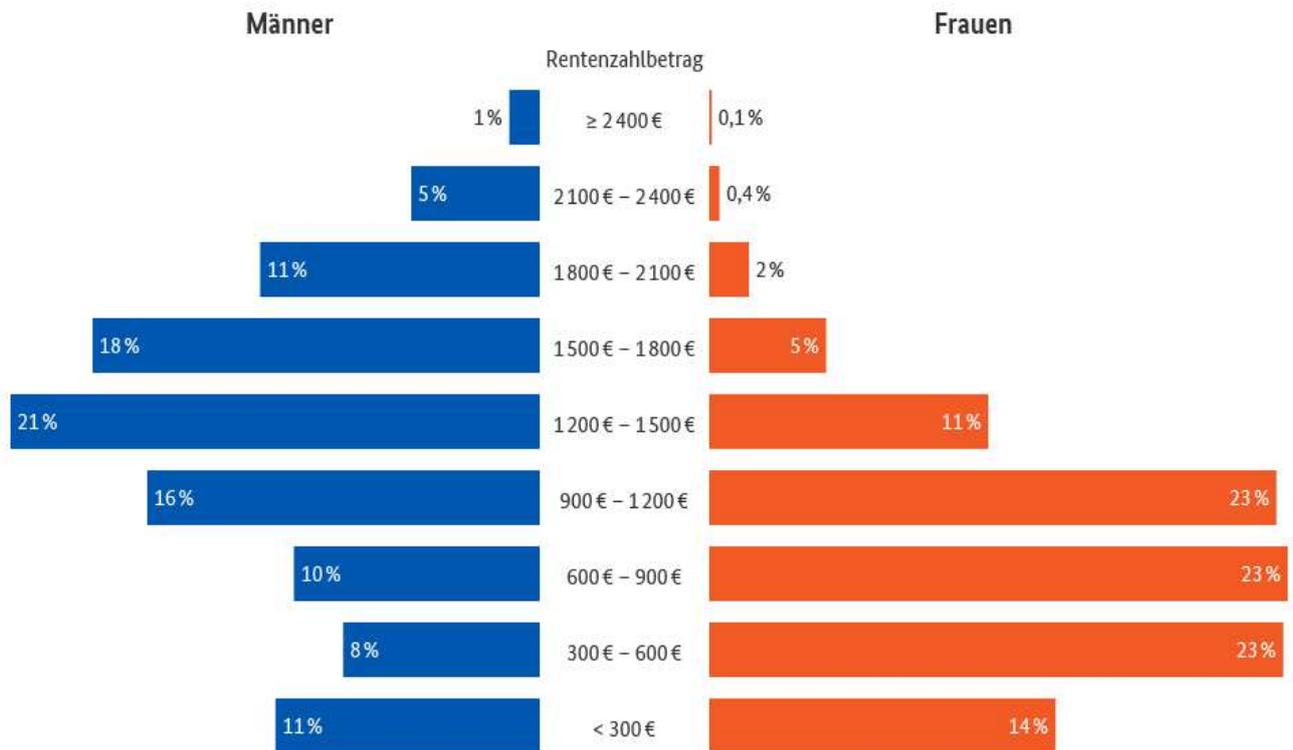
Quelle: Fakt-Grafiken | DGB - Rente muss reichen

Das Rentenniveau wurde immer weiter abgesenkt und wird auch weiter sinken, falls kommende Regierungen hier nicht gegensteuern.

Aktuell liegt es bei etwa 48%

# Höhe der gesetzlichen Altersrente, 2020

Anteil an allen Beziehern einer Altersrente gleichen Geschlechts



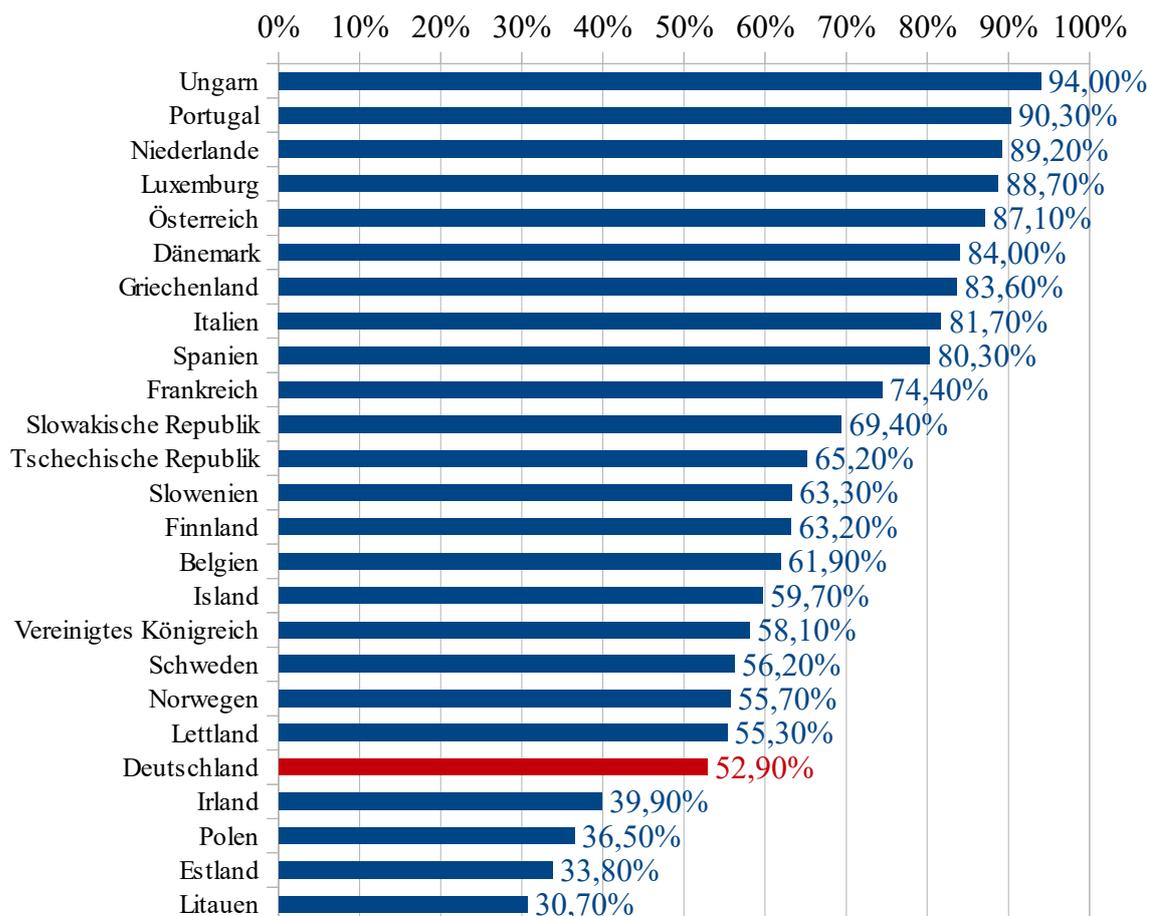
Rentenzahlbetrag: Bruttorente abzüglich Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung  
 Datenquelle: Deutsche Rentenversicherung Bund; Berechnungen: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung  
 Bildlizenz: CC BY-ND 4.0 (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2022)



Dies sind die Auszahlungsbeträge der gesetzlichen Altersrente im Jahr 2020. Kranken – und Pflegeversicherungsbeiträge sind bereits abgezogen.

Die unteren drei Balken zusammengefasst ergeben, dass 60% der Frauen und immerhin noch 29% der Männer Renten erhielten von 900 Euro und weniger.

## Nettorentenersatzraten, Männer, 2020



Daten für das Schaubild

Quelle: <https://data.oecd.org/pension/net-pension-replacement-rates.htm#indicator-chart>

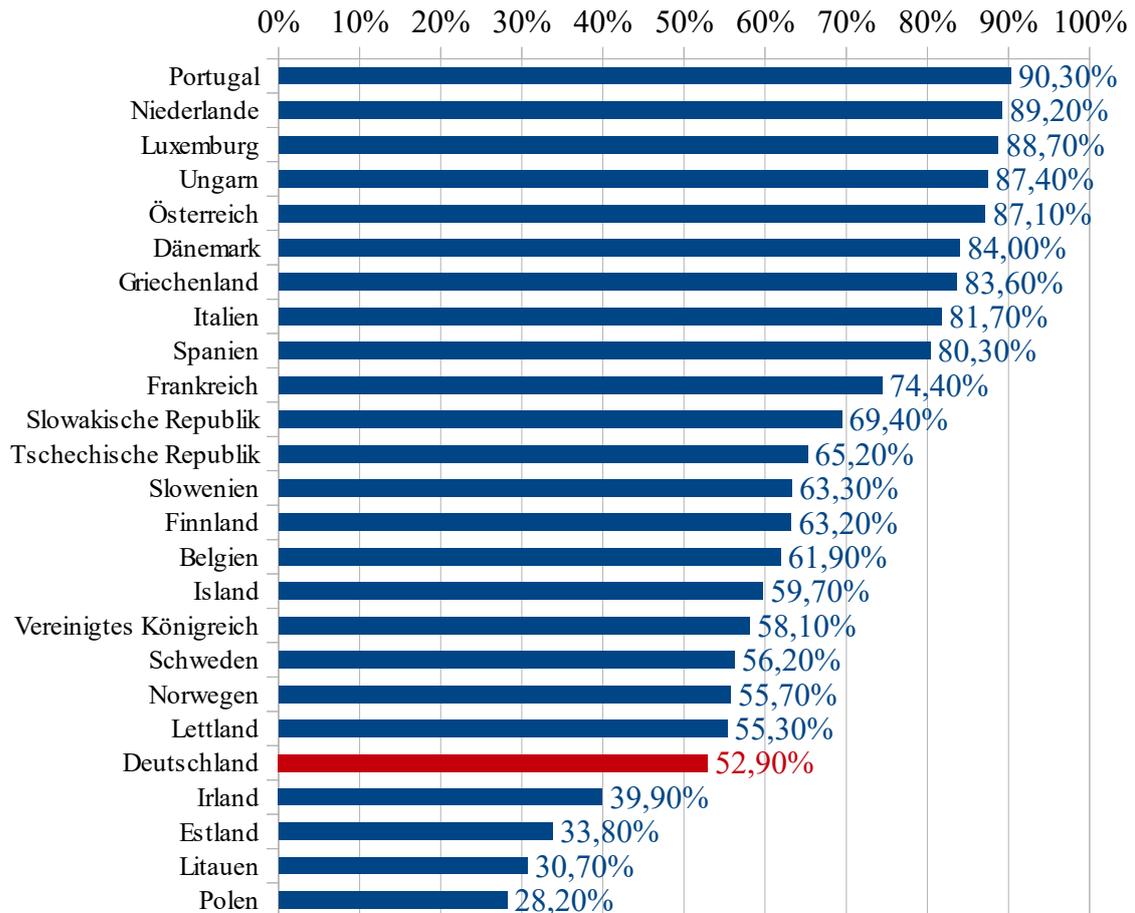
Dies sind die Nettorentenersatzraten von 25 europäischen Ländern im Jahr 2020.

Die Nettorentenersatzrate beschreibt die Höhe der zu erwartenden Rente im Vergleich zum erhaltenen Nettolohn.

Ganz oben auf der Liste stehen die vier Länder Ungarn, Portugal, Niederlande und Luxemburg jeweils mit einer Rate um die 90%.

In der Bundesrepublik Deutschland liegt die Nettorentenersatzrate nach der Berechnungsweise der OECD lediglich bei 52,9%.

## Nettorentenersatzraten, Frauen, 2020



Daten für das Schaubild

Quelle: <https://data.oecd.org/pension/net-pension-replacement-rates.htm#indicator-chart>

Die OECD weist die Zahlen für Männer und Frauen getrennt aus.  
Für Deutschland macht das aber keinen Unterschied.

Die Angaben beziehen sich auf die gesetzliche Rentenversicherung.

Selbstverständlich ist es möglich, sich zusätzlich privat zu versichern.  
Aber diejenigen, die wegen ihrer niedrigen Einkommen eine Aufstockung ihrer Renten  
am nötigsten hätten, sind gleichzeitig diejenigen, die sie sich privat am wenigsten leisten können.

Übrigens: Im Jahr 2018 lag der Wert für Deutschland noch bei 51,9% anstatt bei 52,9%  
im Jahr 2020. Falls diese Entwicklung so weiter geht, werden wir gegen Ende des Jahrhunderts  
zur Spitzengruppe aufgeschlossen haben!

## Rente erst mit 70 ?

Aber jetzt fordern die Arbeitgeber, wieder einmal, die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre. Im letzten Jahr war es der BDA-Präsident Rainer Dulger, in diesem Jahr der Chef des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, Stefan Wolf, die diese Forderung stellten.

Dulger forderte, das Ziel, die Sozialversicherungsbeiträge nicht über 40 Prozent steigen zu lassen, müsse verfassungsrechtlich verankert werden. Hier wird schon deutlicher, worum es den Arbeitgeberverbänden eigentlich geht.

Interessant dabei ist: In den Dax - Aufsichtsräten haben sie Vorstandspensionen ab 60 absegnet. Verschieden Tageszeitungen, darunter die WAZ und die NRZ, titelten:  
„Zwei Ruhestandswelten: Vorstands-Pension ab 60, Rente mit 70“<sup>1)</sup>

Sie selber saufen Wein und predigen uns Wasser.

Die immer ganz laut schreien, der Staat solle sich raus halten, wenn sie sicher sind, am längeren Hebel zu sitzen, rufen jetzt doch ziemlich ungeniert nach Staatsintervention zugunsten ihrer Interessen.

Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage:

Arbeitgeberinteressen sollen Verfassungsrang erhalten und beispielsweise angemessene Entgelte, ein armutsfester Mindestlohn, eine armutsfeste Rente und ein Harz-4-Satz, der tatsächlich das Existenzminimum absichert, sollen dieser Logik entsprechend von nachrangiger Bedeutung sein?

### **Welch - eine – Anmaßung !**

Wer Debatten über ein höheres Rentenalter anstößt, soll ehrlich zugeben, dass er eine Rentenkürzung durch die Hintertür will. Denn viele Beschäftigte schaffen es schon heute nicht, gesund bis zur Rente durchzuhalten.

Frauen und Männer, die im Jahr 2020 gesundheitsbedingt vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden mussten, waren im Schnitt 52,8 bzw. 53,7 Jahre alt.

Die Lebenserwartung von Menschen im unteren Einkommensfünftel ist deutlich niedriger als die des oberen. Menschen mit niedrigem Lebenslohneinkommen beziehen also nicht nur weniger, sondern auch kürzer Rente, was dem Äquivalenzprinzip der Gesetzlichen Rentenversicherung widerspricht.

Rund 13% der Frauen und 27% der Männer mit niedrigem Einkommen sterben vor Vollendung des 65. Lebensjahres.

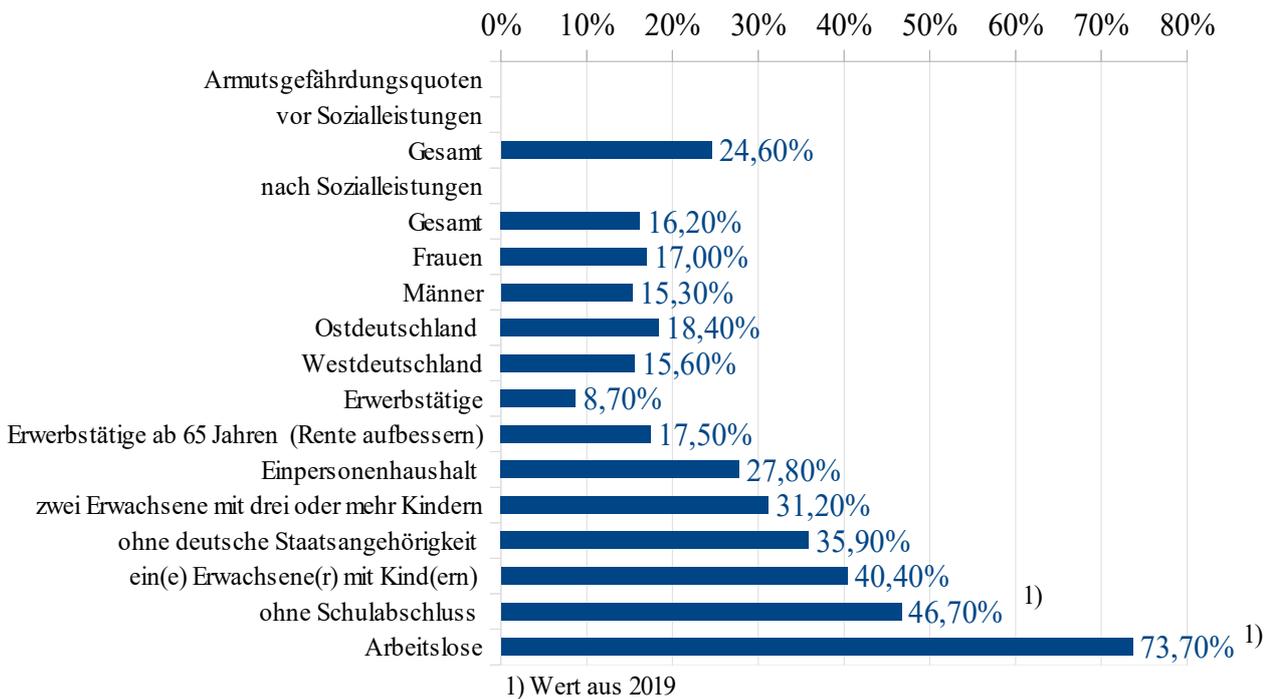
Diese Menschen sparen sich die Rentenversicherungsbeiträge von ihren mageren Einkommen also buchstäblich vom Munde ab und haben ihr Leben hinter sich, bevor sie erstmals in den Genuss ihrer nicht sehr üppigen Renten gelangen konnten.

Diese unhaltbaren Zustände würden durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre noch erheblich verschärft.

Zwar gibt es in den höheren Einkommensgruppen auch Menschen, die vor dem 65. Lebensjahr sterben, aber ihr Anteil ist dort deutlich geringer.

<sup>1)</sup> [Zwei Ruhestandswelten: Vorstands-Pension ab 60, Rente mit 70 - waz.de](http://www.waz.de)  
[Zwei Ruhestandswelten: Vorstands-Pension ab 60, Rente mit 70 - nrz.de](http://www.nrz.de)

## Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten in der Bundesrepublik Deutschland 2020



Daten für das Schaubild

Quellen: Armutsgefährdungsschwelle und Armutsgefährdung (monetäre Armut) - Statistisches Bundesamt (destatis.de)  
 Bundeszentrale für politische Bildung, Ausgewählte Armutsgefährdungsquoten | bpb.de  
 sozialpolitik-aktuell, abbX9, Armutsgefährdungsquoten1 von Arbeitslosen und der Bevölkerung insgesamt in Europa 2019

Während einige wenige Menschen in Deutschland riesige Vermögenszuwächse verzeichnen können, steigt der Wert der Armutsgefährdungsquote gerade stark an.

Seit dem Jahr 2019 ist er von 23,2% auf 26,6% im Jahr 2021 gestiegen.

Ein gutes Viertel der Menschen in Deutschland ist also vor Sozialleistungen armutsgefährdet, nach Sozialleistungen ist es immerhin noch ein Sechstel.

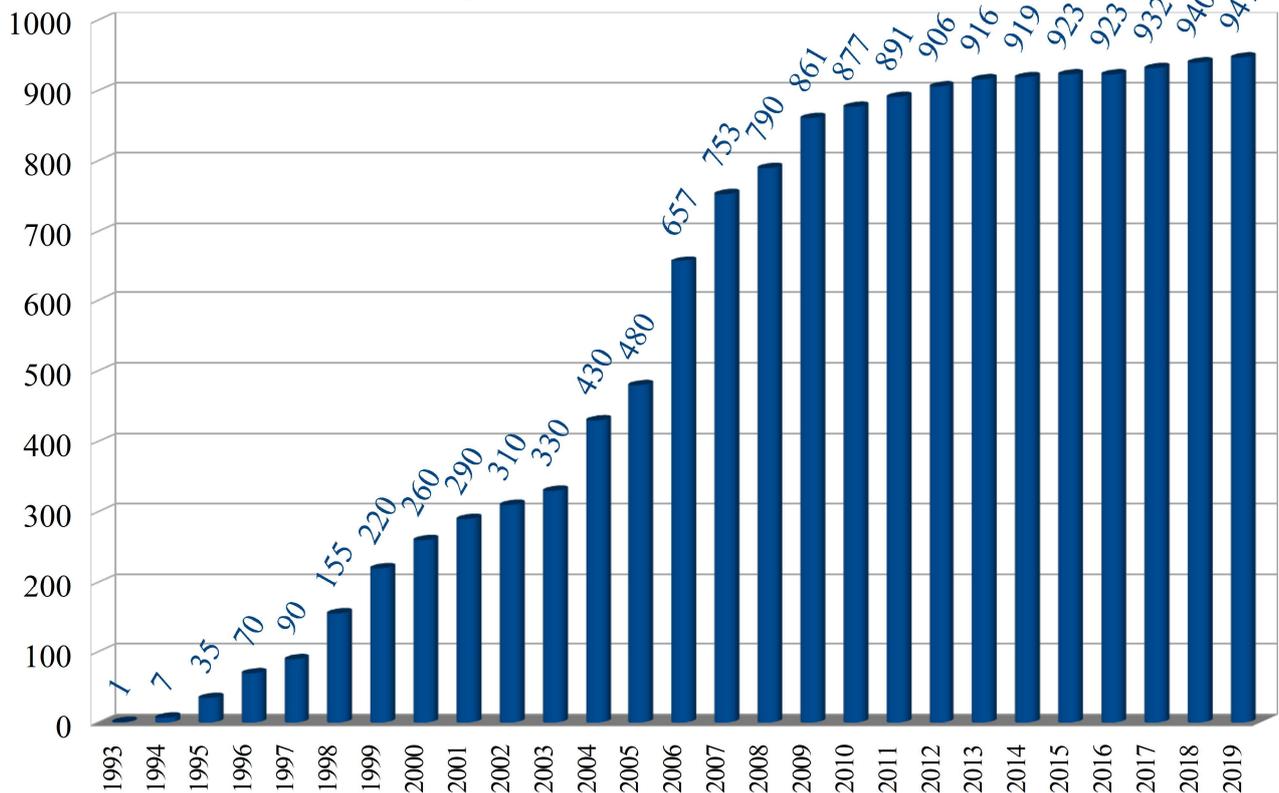
Der Anteil dauerhaft von Armut bedrohter Menschen an allen Armen beträgt 44 % – und ist damit mehr als doppelt so hoch wie noch 1998. Die Gefahr zu verarmen ist bei Frauen größer als bei Männern, in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland.

Neben vielen Rentnerinnen und Rentnern sind besonders armutsgefährdet:

- Singles in Einpersonenhaushalten,
- kinderreiche Familien,
- Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
- Alleinerziehende und Kinder von Alleinerziehenden
- Menschen ohne Schulabschluss,
- und in ganz besonderem Maße Arbeitslose.

In Deutschland sind fast drei Viertel aller Arbeitslosen von Armut bedroht. Die extrem hohe Armutsbetroffenheit von Arbeitslosen in Deutschland ist vor allem auf die Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) zurückzuführen. Die Grundsicherungsleistung (Hartz IV) liegt noch unterhalb des Existenzminimums und auch die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld fällt bescheiden aus. Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes, sagt dazu: „Die Agenda 2010 kann getrost als der massivste sozialpolitische Kahlschlag bezeichnet werden, der seit Bestehen der Bundesrepublik geplant wurde“, und er prangert „die statistische Trickserei und die soziale Eiseskälte“ bei den Hartz-IV-Sätzen an.

## Die Entwicklung der Anzahl der Tafeln 1993 - 2019



Quelle: [https://www.tafel.de/fileadmin/media/Ueber\\_uns/Die\\_Tafeln/Die\\_Tafeln\\_in\\_Zahlen/2020\\_01\\_17\\_Anzahl\\_Tafeln\\_aktuell.jpg](https://www.tafel.de/fileadmin/media/Ueber_uns/Die_Tafeln/Die_Tafeln_in_Zahlen/2020_01_17_Anzahl_Tafeln_aktuell.jpg)

### Einige Angaben über die Tafeln aus dem Sommer 2022:

Es gibt 962 Tafeln mit über 2 Mio. Kund:innen und etwa 60.000 Helfer:innen

rund 61 % der Tafeln

bis zu 50 % mehr Kund:innen

rund 30 % der Tafeln

bis zu 100 % mehr Kund:innen

9 % der Tafeln

über 100 % mehr Kund:innen

rund 62 % der Tafeln

verteilen momentan kleinere Mengen an jeden Haushalt

rund 50 % der Tafeln

hat länger geöffnet

32 % der Tafeln

verhängten einen Aufnahmestopp

- Zu fast allen Tafeln (99 %) kommen Geflüchtete aus der Ukraine
- Geflüchtete aus der Ukraine, Erwerbslose, Erwerbstätige mit geringem Einkommen sowie Rentner:innen sind aktuell besonders häufig auf Unterstützung angewiesen

Die aktuell größten Herausforderungen:

- Zu viele Kund:innen
- Rückgang der Lebensmittelspenden
- Psychische und körperliche Belastung der Helfer:innen
- Verweis von Geflüchteten durch Behörden an die Tafeln

Quelle: [https://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Hintergrundinformationen/2022-08-23\\_Faktenblatt\\_Sommer\\_22.pdf](https://www.tafel.de/fileadmin/media/Presse/Hintergrundinformationen/2022-08-23_Faktenblatt_Sommer_22.pdf)

Auch in Rheine arbeitet die Tafel an der Grenze ihrer Möglichkeiten.

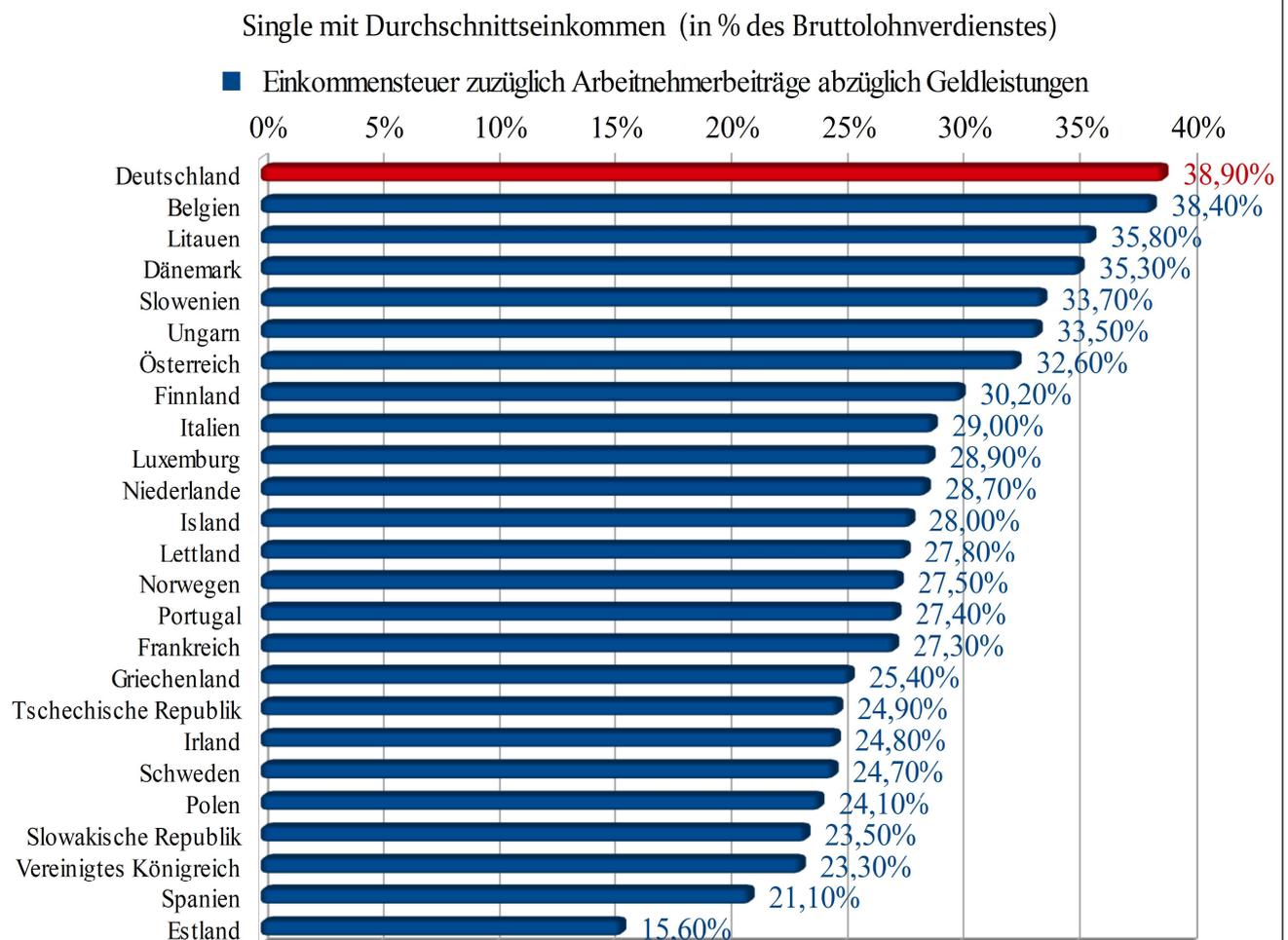
Das berichtete die Münsterländische Volkszeitung am 28. Juni 2022.

Zweimal in der Woche erfolgt die Ausgabe von Gemüse und anderen Lebensmitteln an jeweils rund 200 Kundinnen und Kunden.

Aufgrund der Ukraine Krise, und der zu erwartenden Energiekrise im kommende Herbst und Winter müsse man annehmen, dass die Zahl der Menschen, die auf die Tafel angewiesen sein wird, noch drastisch ansteigen werde. Dieser Bedarf sei dann mit den derzeitigen Strukturen und mit dem derzeitigen Personal kaum noch leistbar.

Der Artikel endet mit der Bemerkung eines Caritas-Mitarbeiters, „dass erfolgreiche Sozialpolitik auch daran messbar ist, dass man unsere Tafel nicht mehr braucht.“

## Einkommensteuer zuzüglich Arbeitnehmerbeiträge abzüglich Geldleistungen, 2020



Daten für das Schaubild

Quelle: OECD, Lohnbesteuerung 2021, 3. Steuerbelastung 2020, Tabelle 3.3

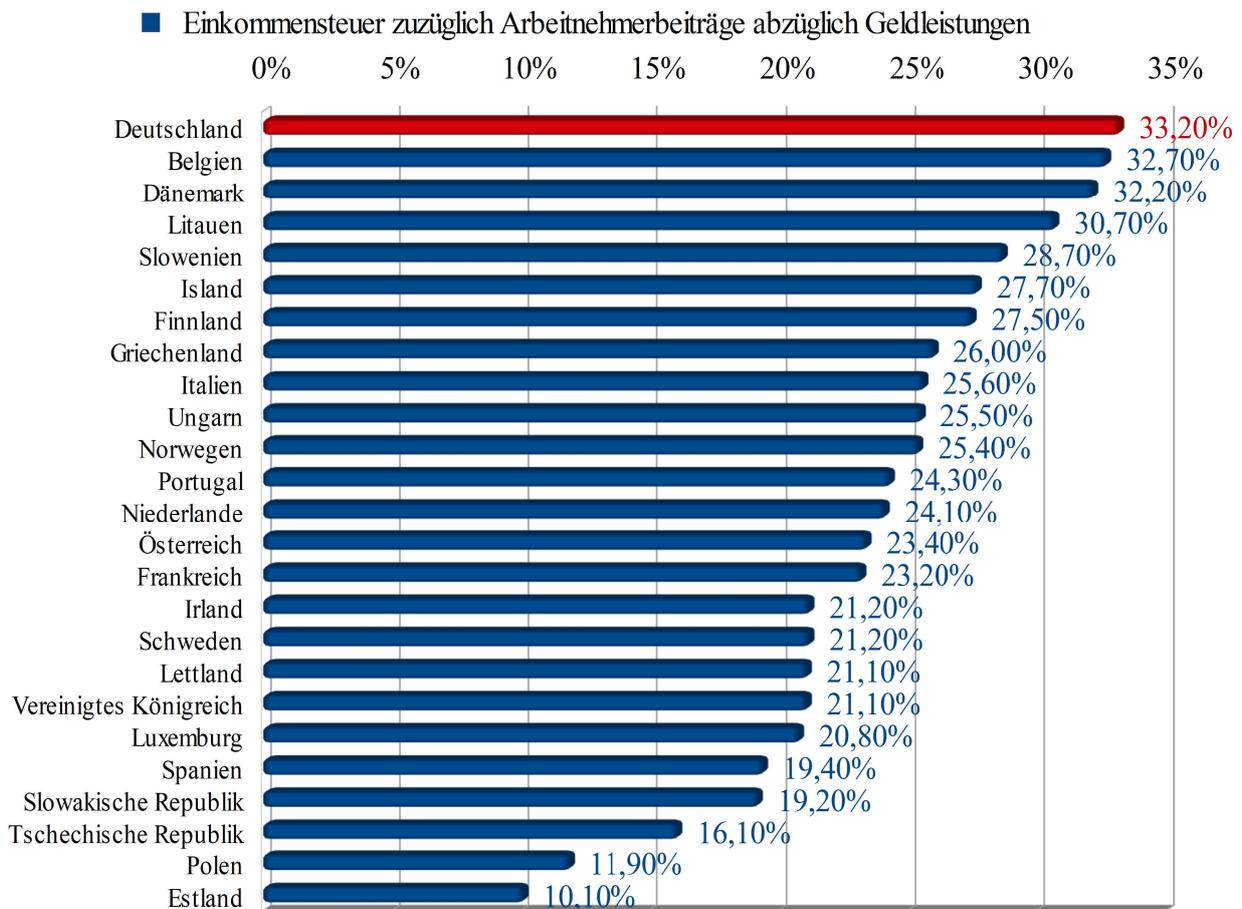
Hier sehen sie die Belastung von Arbeitnehmerinnen - und Arbeitnehmereinkommen mit Lohnsteuern und Sozialabgaben in 25 europäischen Ländern.

Für einen Single mit Durchschnittseinkommen ist sie in Deutschland mit 38,90% am höchsten.

**Ja, hier ist Deutschland wirklich Spitze!**

# Einkommensteuer zuzüglich Arbeitnehmerbeiträge abzüglich Geldleistungen, 2020

2-Verdienerhaushalt, 2 Kinder, mit Durchschnittseinkommen (in % des Bruttolohnverdienstes)

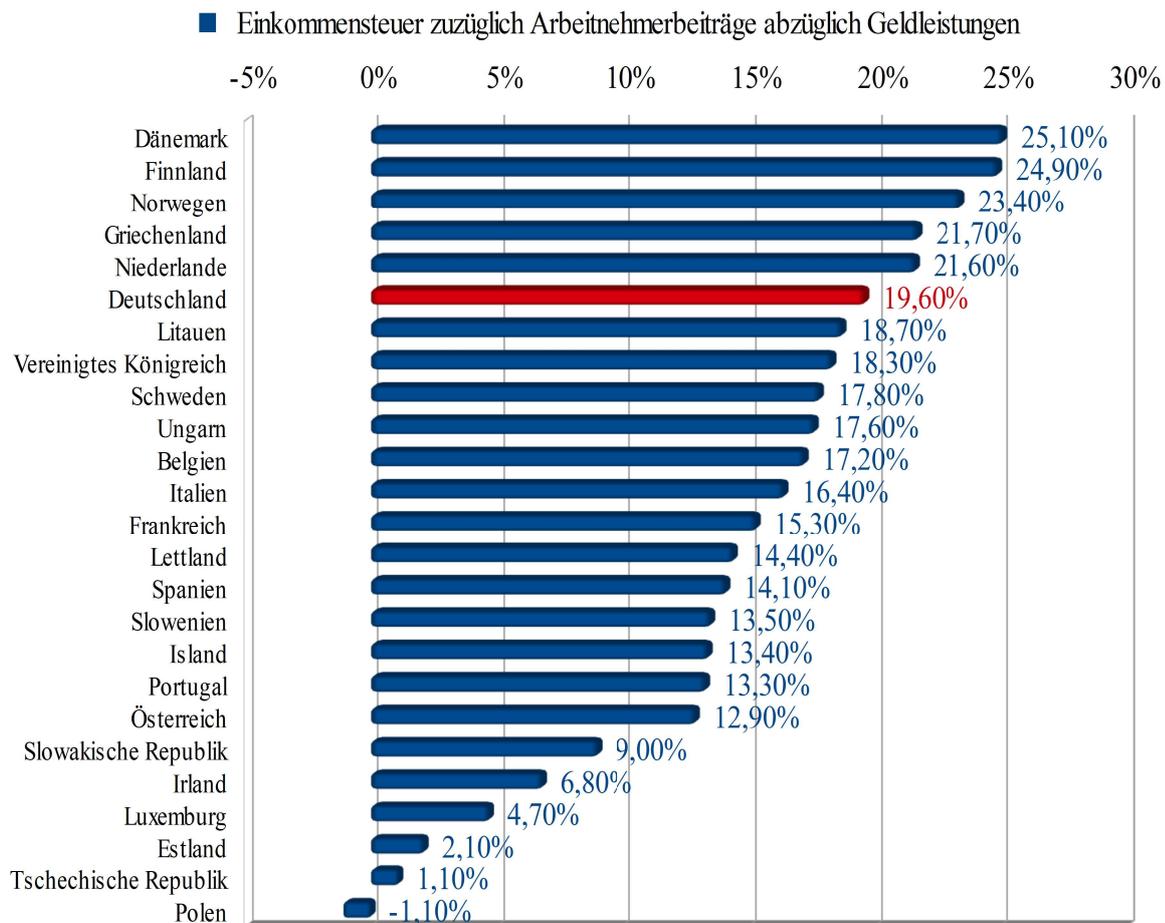


Daten für das Schaubild  
Quelle: OECD, Lohnbesteuerung 2021, 3. Steuerbelastung 2020, Tabelle 3.3

Auch bei einem 2-Verdienerhaushalt mit 2 Kindern und mit Durchschnittseinkommen ist die Abgabenbelastung mit 33,20% in Deutschland am höchsten.

# Einkommensteuer zuzüglich Arbeitnehmerbeiträge abzüglich Geldleistungen, 2020

1-Verdienerhaushalt, 2 Kinder, mit Durchschnittseinkommen (in % des Bruttolohnverdienstes)

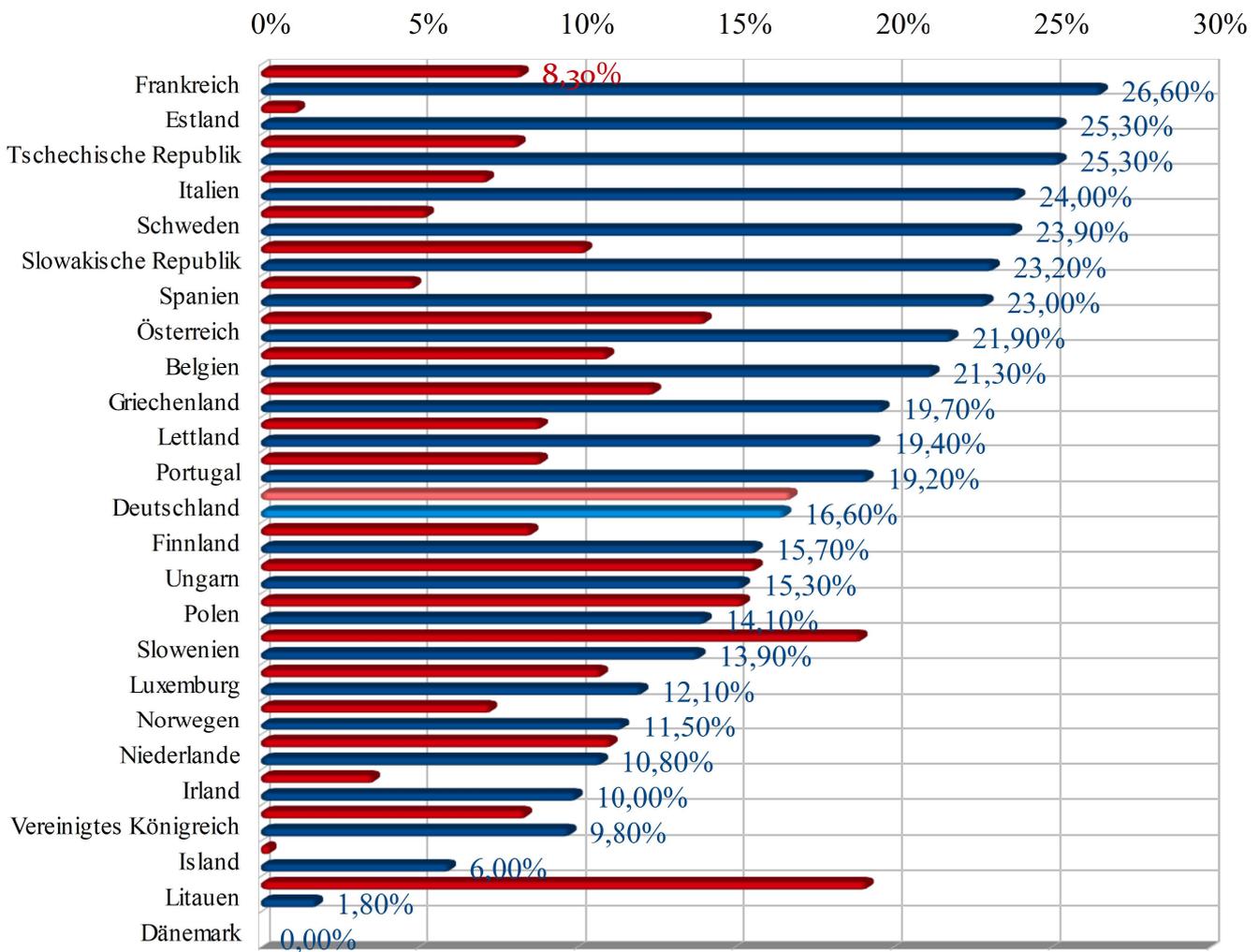


Daten für das Schaubild  
 Quelle: OECD, Lohnbesteuerung 2021, 3. Steuerbelastung 2020, Tabelle 3.3

Etwas anders ist es bei einem 1-Verdienerhaushalt mit 2 Kindern und mit Durchschnittseinkommen: Stichwort Ehegattensplitting.  
 Hier liegt die Abgabenbelastung in Deutschland mit 19,60% auf Platz 6 und bildet damit die untere Grenze des oberen Viertels.

■ Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer/innen, 2020  
 ■ Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber/innen, 2020

in % der Arbeitskosten



Daten für das Schaubild  
 Quelle: OECD iLibrary, Lohnbesteuerung 2021, 1. Übersicht, Tabelle 1.2.

Der DGB fordert paritätische Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosen -, Renten -, Kranken - und Pflegeversicherung und ein solidarisches und selbstverwaltetes Gesundheitssystem. Bisher sind nämlich in Deutschland zusätzliche Kosten in diesen Bereichen häufig einseitig auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt worden.

Dass dies auch ganz anders geht, zeigt dieses Schaubild.

Dies sind jeweils die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung (rote Balken), und die Anteile der Arbeitgeber (blaue Balken) in 25 europäischen Ländern. Im Jahr 2020 waren in 17 Ländern die Arbeitgeberanteile zum Teil um ein Mehrfaches höher als die der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Frankreich z.B. ist der Arbeitgeberbeitrag 3,2 – mal so hoch wie der Arbeitnehmeranteil.

Bei der Höhe der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung liegt Deutschland genau in der Mitte.

## Sozialpartner

„Gerechtigkeit ist für mich ein marxistischer Begriff.  
Ich weiß nicht was das ist.“

(Oliver Bäte)

Oliver Bäte führt den Allianz-Versicherungskonzern  
mit 88 Millionen Kunden  
und 126 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Wie blickt so ein Unternehmenschef auf die Welt,  
auf sein Millionengehalt und auf soziale Ungleichheit?  
Ein Gespräch. Interview: Giovanni di Lorenzo,  
28. November 2018, 16:55 Uhr,  
Editiert am 2. Dezember 2018, 20:40 Uhr  
DIE ZEIT Nr. 49/2018, 29. November 2018

Dies ist ein Schlaglicht auf die Denkweise derer, die als Sozialpartner zu bezeichnen wir uns  
angewöhnt haben.

Einen weiteren Einblick in die Denk - und Handlungsweise eines Teils der sogenannten Eliten und  
angeblichen Leistungsträger erhält, wer sich die Cum/Ex – Geschäfte anschaut.

Das Geschäftsmodell besteht darin, sich Steuern rückerstatten zu lassen, die niemand der  
Beteiligten jemals bezahlt hat.

Der Journalist Massimo Bognanni schreibt dazu in seinem Buch:

„Der Staat hat das Entstehen einer ganzen Industrie ermöglicht, die damit beschäftigt ist,  
alles für sie Nachteilige einer gesetzlichen Regelung durch Wortklaubereien zu umgehen.“ 2)

Teil dieser Industrie waren der Steueranwalt Hanno Berger und seine Kanzlei.

Bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern scheinen immer wieder Zweifel an der Gesetzmäßigkeit  
ihrer Geschäfte aufgekommen zu sein. Über die Reaktion Bergers darauf wurde ausgesagt:

„Wenn sie offen Ausgesprochen wurden, habe Hanno Berger Bedenkenträger vor versammelter  
Mannschaft zur Schnecke gemacht: Wenn jemand Probleme damit habe, dass wegen ihrer  
Geschäfte weniger Kindergärten gebaut würden, soll Berger gezürnt haben, solle er den Raum auf  
der Stelle verlassen.“ 3)

Die Gute Nachricht in der Angelegenheit:

Herr Berger muss sich inzwischen in mehreren Prozessen vor Gericht verantworten,  
und hat zugeben müssen, ab einem bestimmten Zeitpunkt mit Vorsatz gehandelt zu haben.

Über die Erfahrungen der ermittelnden Staatsanwältin Anne Brorhilker mit diesem Personenkreis  
wird berichtet: „Nicht wenige fühlen sich tatsächlich erhaben, und mnche glauben sogar über dem  
Gesetz zu stehen. Banker, Berater und Händler, so ihr Eindruck, verkehren oftmals in einer  
Gesellschaft, die mit „denen da unten“ nichts zu tun haben will. Die da unten, so gab man ihr  
unmissverständlich zu verstehen, könnten sich abmühen und Steuern zahlen. Sie selber aber würden  
ganz da oben spielen, in einer völlig anderen Liga.“ 4)

2) Massimo Bognanni, Unter den Augen des Staates, Der größte Steuerraub in der Geschichte der Bundesrepublik, Seite 150

3) Ebd., Seite 151

4) Ebd., Seite 152



© Karikatur: Klaus Stüttmann

Den Finanzminister der „Fortschrittskoalition“, Herr Lindner, trat in der letzten Zeit mehrfach vor die Fernsehkameras und erklärte: „Die Erhöhung von Unternehmenssteuern bedeutet die Strangulation der deutschen Wirtschaft“.

Was ist von solch markigen Worten zu halten?

Nun, schauen wir uns die Sache doch einfach mal etwas genauer an!

Der folgende Text stammt aus einem Artikel von Claus Schäfer für die Friedrich Ebert Stiftung, der parteinahen Stiftung der SPD. Dr. Claus Schäfer war seit 1972 wissenschaftlicher Referent im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB und später dessen Leiter.

In seinem Artikel analysiert er den Zustand des Steuersystems der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1998. Interessant ist der Artikel aus zweierlei Gründen. Zum Einen endete in diesem Jahr die 16jährige Kanzlerschaft Helmut Kohls. Und das ist Grund genug für eine Rückschau. Zum Anderen erleichtert diese Bestandsaufnahme die Bewertung der anschließend vorgenommenen Veränderungen.

Claus Schäfer fasst seinen Artikel wie folgt zusammen:

„Die Verteilung der Abgabenlast ist immer ungleicher geworden zum Nachteil der Arbeitnehmer und zugunsten von Unternehmen sowie Personen mit hohem Einkommen und Vermögen. Selbst bei gleich hohen Einkommen müssen Arbeitnehmer und ihre Familien meist mehr Steuerlasten tragen als Selbständige und sogar als Unternehmen.

Die Einbeziehung der indirekten Steuern würde diese Schieflage weiter vergrößern, weil untere und mittlere Einkommen davon stärker belastet werden - und Selbständigen-Haushalte sich zumindest teilweise von dieser Last ganz befreien können. Die Entlastung bei Unternehmen, Selbständigen und Vermögenden hat schon vor Jahren eingesetzt und inzwischen ein Ausmaß erreicht, das schon lange Behauptungen über eine "wirtschaftsschädliche" Besteuerung in Deutschland gegenstandslos macht. Sie qualifiziert Klagen über hohe (Spitzen-)Steuersätze als immer offenkundigere Strategie zur Durchsetzung von noch mehr Entlastung.

Insgesamt ist aus der Konzeption einer einheitlichen und progressiven Einkommensteuer faktisch eine Zwei-Klassen-Steuer geworden.

Die Gründe für diese Entlastung sind im wesentlichen drei:

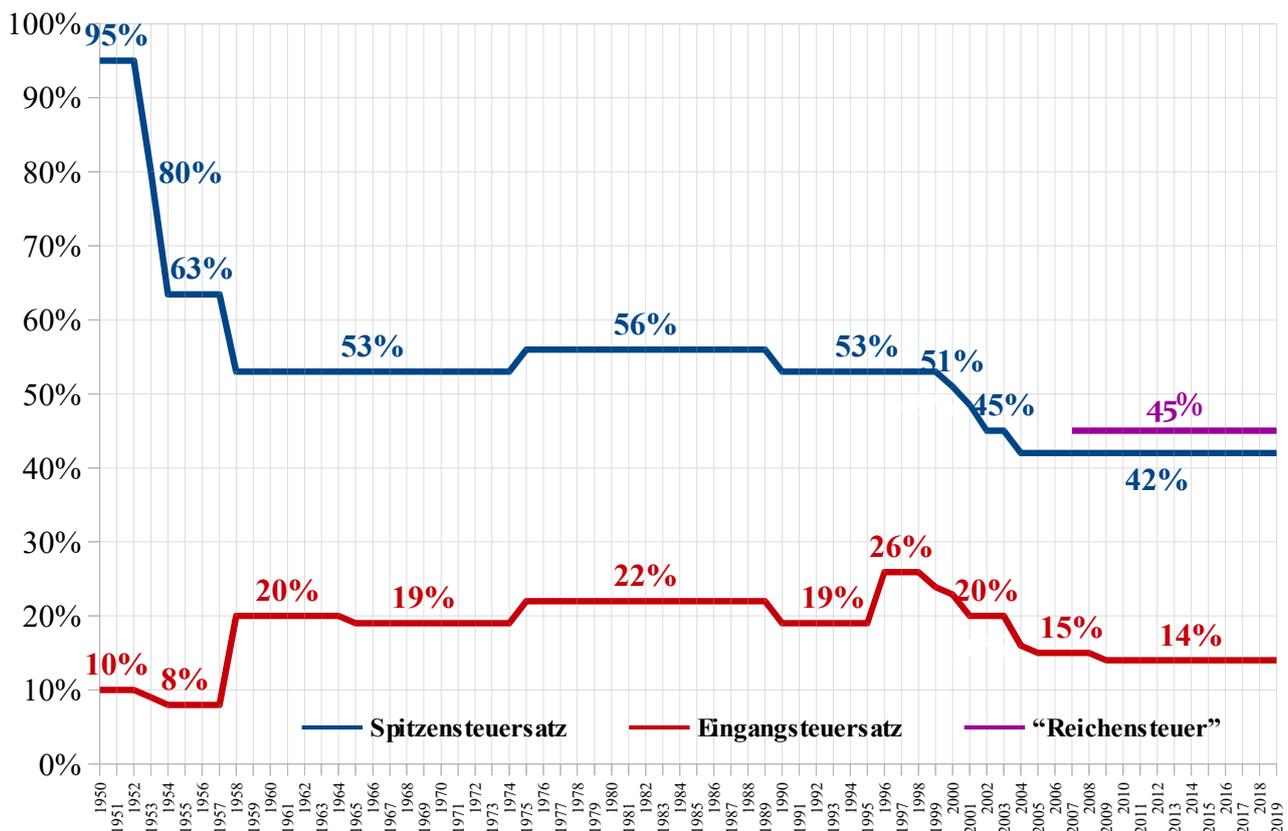
1. - gesetzliche Steuerentlastungsmaßnahmen verschiedener Art seit 1983;
2. - "aktive Steuergestaltung" durch die Steuerschuldner, d.h. das verstärkte und kumulierende Zusammenwirken von legalen und illegalen Gestaltungsmöglichkeiten bzw. Verringerungsmöglichkeiten der zu versteuernden Einkommen und Vermögen;
3. - "passive Gestaltungspolitik" des Fiskus, der durch eine unzureichende Finanzverwaltung, aber auch durch einen "heimlichen" regionalen Steuerentlastungs-Wettbewerb die aktive Gestaltungspolitik und darunter auch die sinkende Steuermoral begünstigt.“ 5)

Diese Aussagen lassen an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig.

Und so viel lässt sich jetzt schon sagen: Herr Lindner betreibt „Sandmännchen-Politik“. Er versucht, uns Sand in die Augen zu streuen.

Und was passierte anschließend bei den Steuern vom Einkommen?

### Einkommensteuer, Eingangs - und Spitzensteuersätze 1950 - 2019



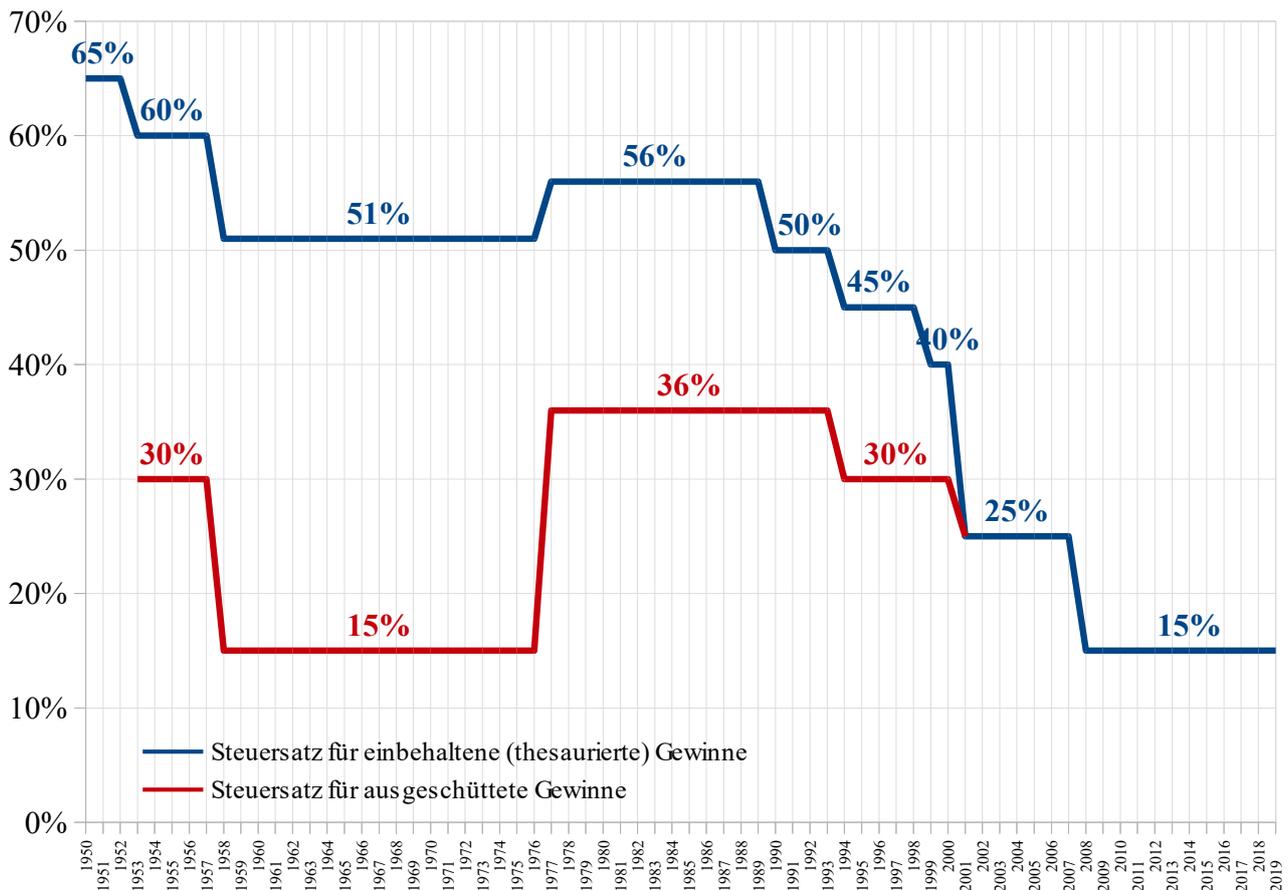
Daten für das Schaubild

Quellen: Bundesfinanzministerium, Datensammlung zur Steuerpolitik 2022, Entwicklung des Einkommensteuertarifs seit 1958 ; [https://de.wikipedia.org/wiki/Tarifgeschichte\\_der\\_Einkommensteuer\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Tarifgeschichte_der_Einkommensteuer_in_Deutschland)

5) Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland / Claus Schäfer. - [Electronic ed.]. - Bonn, 1998. - 33 S. : graph. Darst. = 45 Kb, Text . - (FES-Analyse)

Seit dem Ende der 1980er Jahre wurde der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer in mehreren Stufen von 56% auf 42% gesenkt. Das ist eine Senkung um genau ein Viertel, um 25%. Während der Kanzlerschaft Helmut Kohls wurde der Spitzensteuersatz von 56% auf 53% gesenkt. Der verantwortliche Finanzminister war Theo Waigel. Während der Kanzlerschaft Gerhart Schröders wurde der Spitzensteuersatz von 53% auf 42 % gesenkt. Der verantwortliche Finanzminister war Hans Eichel. Der „Reichensteuersatz“ von 45 % wurde zum Steuerjahr 2007 eingeführt und greift im Jahr 2022 ab einem Jahreseinkommen von 277.826 Euro.

## Körperschaftsteuer, Steuersätze 1950 - 2019



Daten für das Schaubild

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Körperschaftsteuer\\_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Körperschaftsteuer_(Deutschland))

Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer für Unternehmen wie VW, LIDL, E.ON, BASF, Allianz, Rheinmetall und wie sie alle heißen.

Ebenfalls seit dem Ende der 1980er Jahre wurde dieser Satz von 56% auf sage und schreibe 15% gesenkt. Das ist eine Senkung um fast drei Viertel.

Während der Kanzlerschaft Helmut Kohls wurde der Steuersatz von 56% auf 50% gesenkt.

Der verantwortliche Finanzminister war auch hier Theo Waigel.

Während der Kanzlerschaft Gerhart Schröders wurde der Steuersatz von 50% auf 25 % gesenkt.

Der verantwortliche Finanzminister war ebenfalls Hans Eichel.

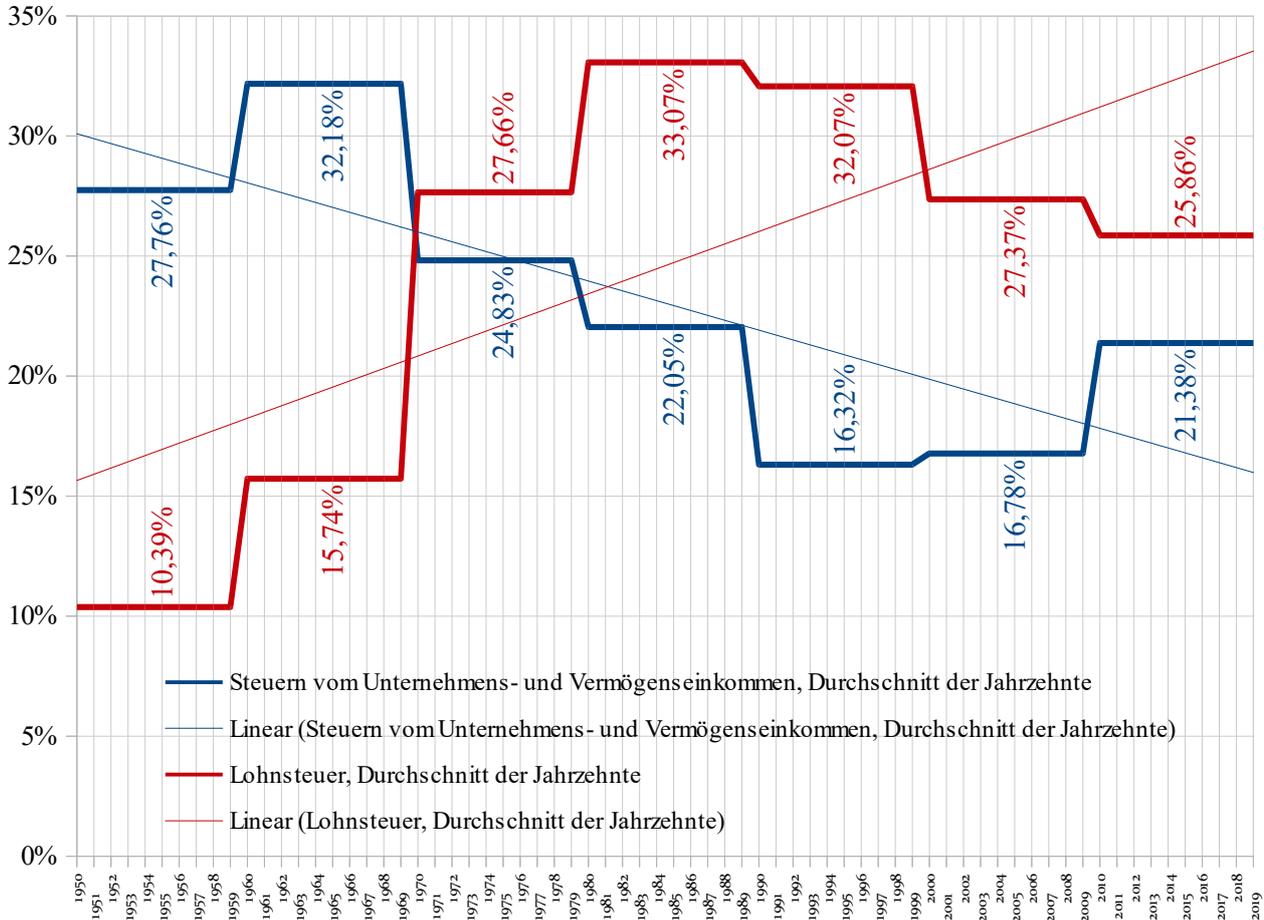
Während des ersten Merkel – Kabinetts bestehend aus CDU/CSU und SPD wurde der Steuersatz von 25% auf 15 % gesenkt. Der verantwortliche Finanzminister war Peer Steinbrück.

Die Konzerne müssten ihre Milliarden Gewinne also nur mit 15% versteuern. Aber selbst diese wenigen Steuern zahlen sie in aller Regel nicht.

## Und was ist das Ergebnis?

### Steuern vom Unternehmens- und Vermögenseinkommen / Lohnsteuer 1950 - 2019

Anteil an Steuereinnahmen gesamt



Daten für das Schaubild

Quelle: Bundesfinanzministerium – Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten 1950 – 2020

Auch im Bereich der Steuern geht die Schere der gesellschaftlichen Spaltung immer weiter auseinander.

Die Steuern von Unternehmens und Vermögenseinkommen sind die Veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, Steuern auf Einkommen aus Betriebs- und Privatvermögen und die Gewerbesteuer.

Der Anteil der Lohnsteuern an den gesamten Steuereinnahmen war in den 2010er Jahren etwa zweieinhalb mal so hoch wie in den 1950er Jahren.

Der Anteil der Steuern von Unternehmens – und Vermögenseinkommen war in den 2010er Jahren niedriger als in den 1950er Jahren und betrug nur noch 77% davon.

Seit dem Jahr 1971 ist der Anteil der Steuern von Unternehmens- und Vermögenseinkommen an den gesamten Steuereinnahmen geringer als der Anteil der Lohnsteuern.

Hier wurde das Verhältnis komplett umgekehrt.

In der Zeit der sozialliberalen Koalition unter sechs SPD – Finanzministern wurde der Anteil der Lohnsteuern an den gesamten Steuereinnahmen besonders stark erhöht.

# Wieviel würde von einem zusätzlich verdienten Euro netto übrig bleiben?



© Bertelsmann Stiftung 2017

BertelsmannStiftung

Quelle: [Wer wenig hat, wird am stärksten belastet: Steuer- und Sozialsystem benachteiligt Geringverdiener: Bertelsmann Stiftung \(bertelsmann-stiftung.de\)](#) 17.08.2017

Eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass Einkommenszuwächse bei Geringverdienern deutlich stärker belastet werden als bei Spitzenverdienern.

## Effektive Grenzbelastung: Was vom zusätzlich verdienten Euro übrig bleibt

Die effektive Grenzbelastung gibt an, wie viel der Bürger von einem zusätzlich verdienten Euro wieder durch Steuern, Beiträge zur Sozialversicherung und den Entzug von Sozialleistungen, wie Wohngeld oder Kinderzuschlag, abgeben müsste.

So würden beispielsweise bei einer effektiven Grenzbelastung von 60 Prozent von einem zusätzlich verdienten Euro nur 40 Cent netto übrig bleiben.

Die Grenzbelastung verläuft jedoch nicht progressiv. Dadurch werden Gehaltszuwächse bei höheren Einkommensgruppen tendenziell weniger belastet als bei Geringverdienern.

So bleibt etwa einem Singlehaushalt mit einem Jahresbruttoeinkommen von 17.000 Euro von einem zusätzlich verdienten Euro nichts übrig. Ein gleicher Haushalt mit einem Jahresbruttoeinkommen von 75.000 Euro hätte dagegen noch 56 Cent.

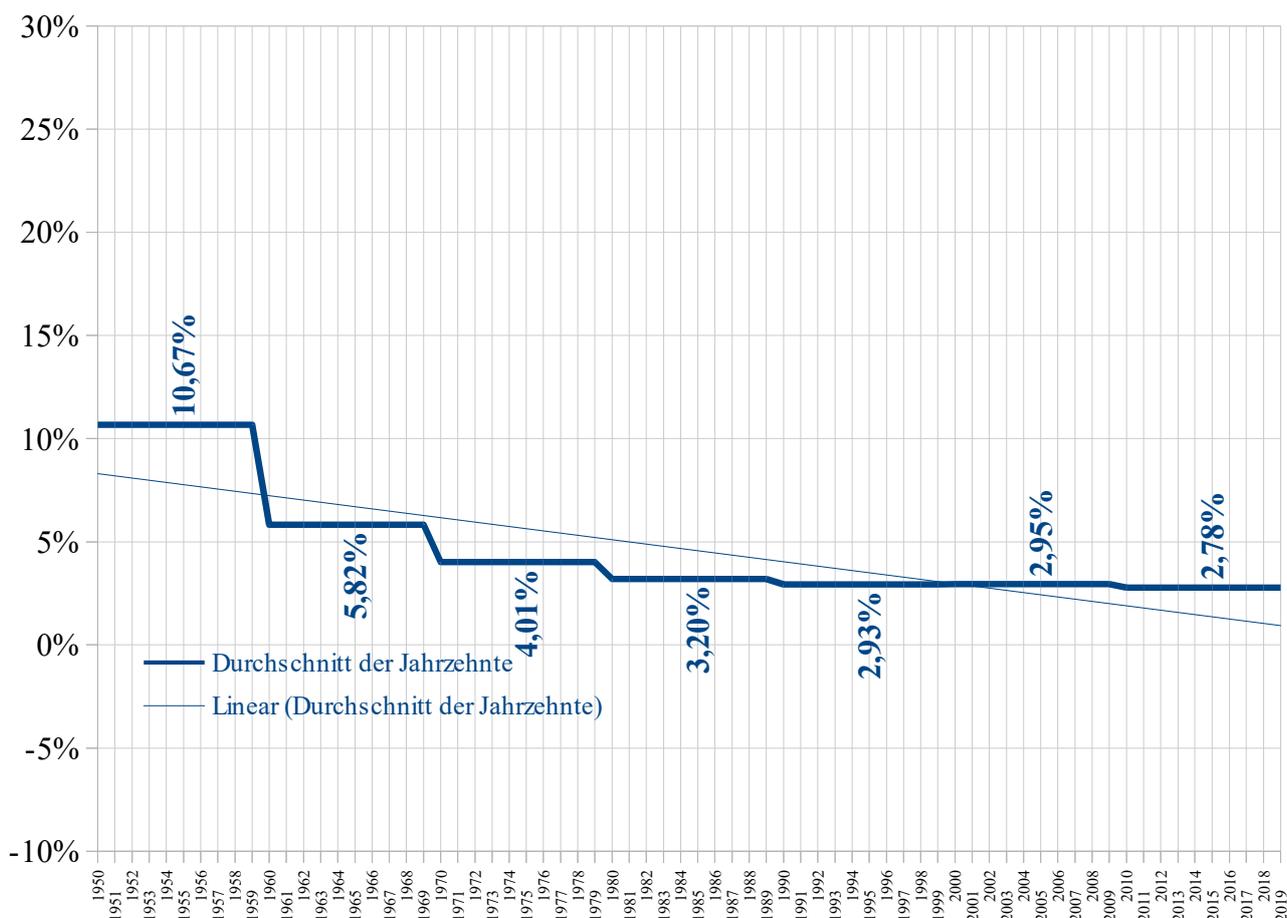
Ein ähnliches Bild zeigt sich bei einem Ehepaar mit zwei Kindern, bei dem nur einer verdient:

Bei einem jährlichen Bruttoverdienst von 40.000 Euro könnte das Paar von einem zusätzlich verdienten Euro 56 Cent behalten. Einem vergleichbaren Haushalt mit einem Jahresbruttoeinkommen von 90.000 Euro bliebe mit 66 Cent deutlich mehr.

Teilweise verlieren Haushalte von Beziehern von Transferleistungen sogar bei einem höheren Verdienst verfügbares Einkommen, da der ausgelöste Transferentzug das zusätzlich erzielte Einkommen übersteigt.

## Steuern vom Vermögen, 1950 - 2019

Anteil an Steuereinnahmen gesamt



Daten für das Schaubild

Quelle: Bundesfinanzministerium – Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten 1950 – 2020

Steuern vom Vermögen sind die Erbschafts – und Schenkungssteuer, die Vermögensteuer und die Grundsteuern A + B.

Der Anteil der Steuern vom Vermögen an den gesamten Steuereinnahmen ist erheblich und deutlich sichtbar gesenkt worden. Er betrug in den 2010er Jahren nur noch etwa ein Viertel des Anteils der 1950er Jahre.

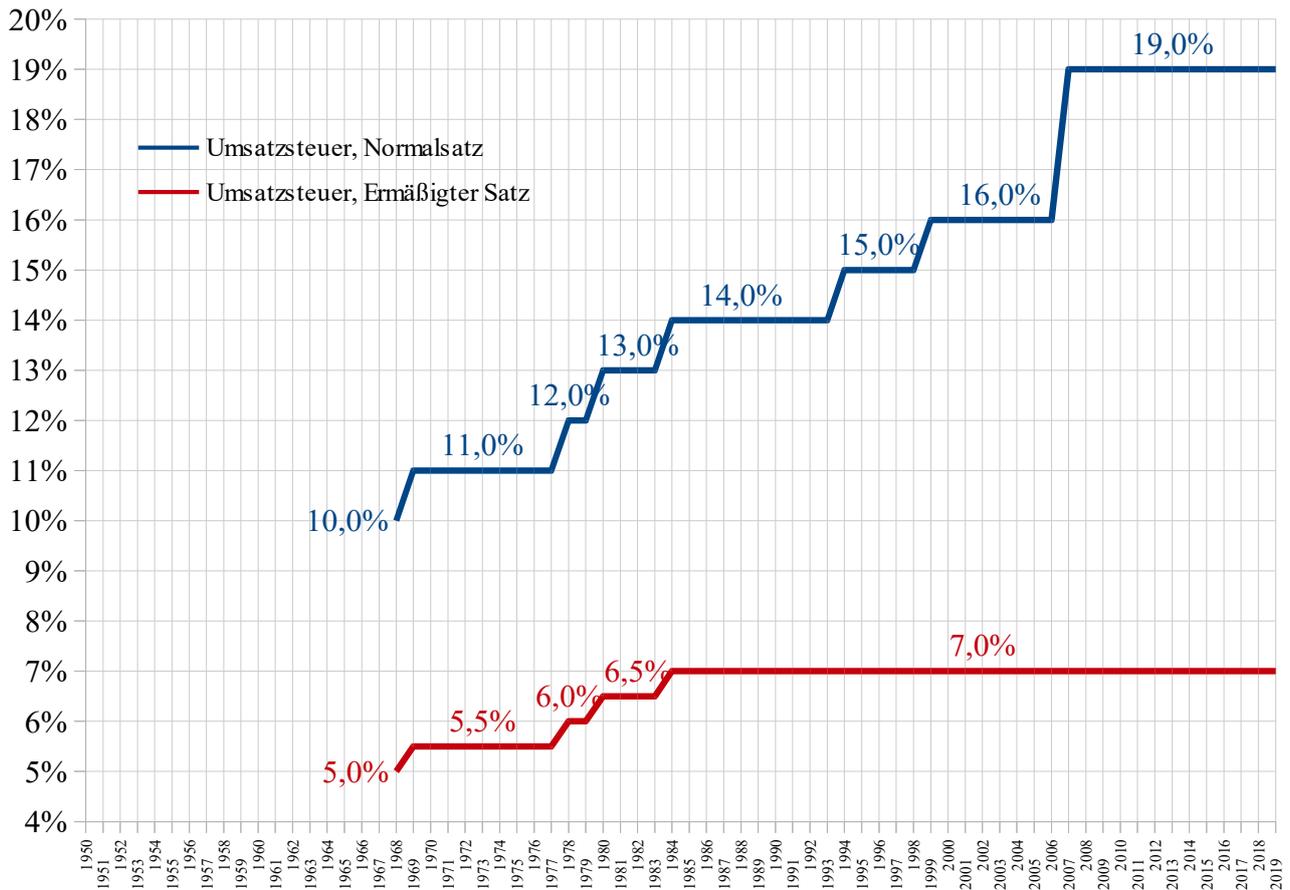
Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung sagt dazu:

„Fakt ist, dass kaum ein Industrieland Vermögen so gering und Einkommen auf Arbeit so stark besteuert wie Deutschland.

Der deutsche Staat nimmt weniger als ein Prozent der Wirtschaftsleistung an Vermögensteuern ein. In Frankreich, Großbritannien oder den USA ist es das Vierfache.“ 6)

6) [Vermögensteuer: Wir brauchen keine Neiddebatte - DER SPIEGEL](#) 26.08.2019, 15.42 Uhr

## Umsatzsteuer, Steuersätze 1968 - 2019



Daten für das Schaubild

Quelle: Bundesfinanzministerium – Datensammlung zur Steuerpolitik 2022, Umsatzsteuer, Steuersätze

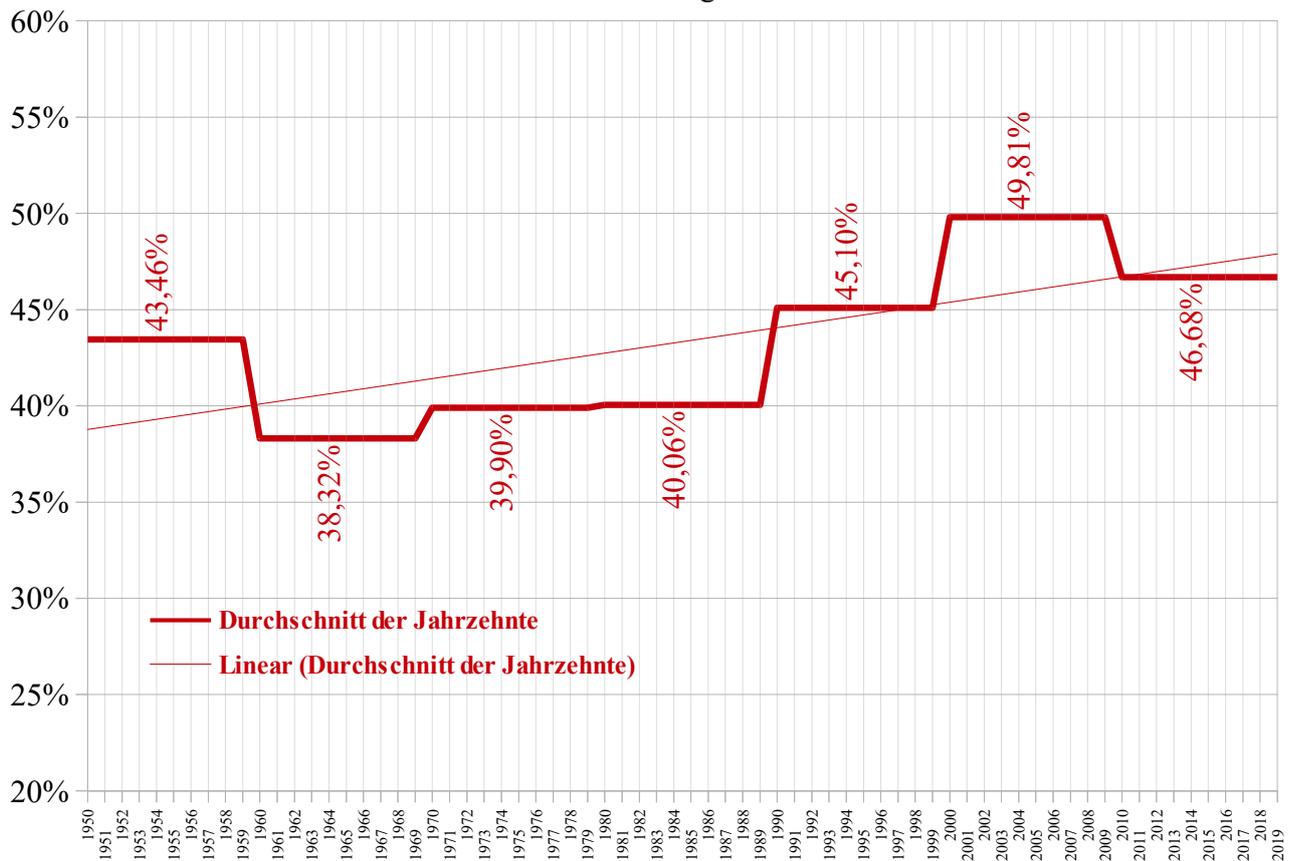
Die Umsatzsteuer, den meisten von uns besser bekannt als Mehrwertsteuer, wurde in ihrer jetzigen Form im Jahr 1968 eingeführt. Sie ist die wichtigste Verkehrssteuer.

Die Erhöhung des Normalsatzes von 10% auf 19 % bedeutet eine Erhöhung des Steuersatzes um 90%.

Die Erhöhung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 5% auf 7 % bedeutet eine Erhöhung des Steuersatzes um immerhin noch 40%.

# Verkehrsteuern und Verbrauchsteuern 1950 - 2019

Anteil an Steuereinnahmen gesamt



Daten für das Schaubild

Quelle: Bundesfinanzministerium – Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten 1950 – 2020

Beispiele für Verkehrsteuern sind die Umsatz – oder Mehrwertsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer, die Versicherungsteuer.

Beispiele für Verbrauchsteuern sind die Biersteuer, die Energiesteuer, früher Mineralölsteuer, die Kaffeesteuer, die Tabaksteuer.

Verkehrsteuern und Verbrauchsteuern belasten niedrige Einkommen stärker als hohe Einkommen. Auch bei diesen Steuern ist eine deutlich steigende Tendenz zu erkennen.

„Nach einer Studie für das Europäische Parlament entgehen Deutschland jährlich Steuereinnahmen von 150 Mrd. Euro durch Steuerflucht und Steuervermeidung – in der gesamten EU rund 1 Bio. Euro. Dafür verantwortlich sind auch Steuergestaltungsmöglichkeiten transnational agierender Konzerne.“

Aus einem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN,  
Drucksache 17/13717 (18)vom 04. 06. 2013,  
„Steuerzahlungen multinationaler Unternehmen transparent machen“

Als sie dies schrieben, waren SPD und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN in der Opposition und der verantwortliche Finanzminister war Wolfgang Schäuble.

Ohne diese Hinterziehung wären im Jahr 2013 die Steuereinnahmen 770 Milliarden statt 620 Milliarden Euro gewesen. Dem Finanzamt ist somit etwa ein Fünftel seiner möglichen Steuereinnahmen verloren gegangen.

Unter dem Appell „Taxmenow“ fordern mittlerweile 59 Vermögende für Deutschland und Österreich eine höhere Besteuerung von Vermögen. 7)  
Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Petition von begründen ihren Aufruf wie folgt:  
Corona verstärkt Ungleichheit, verschärft Gesundheitsrisiken, reduziert Bildungschancen für Arme, während manche Vermögende und Unternehmen zu den Krisengewinnern gehören und in der Krise noch reicher geworden sind. Seit Jahrzehnten nimmt die Ungleichheit in Deutschland und international zu. Demokratiegefährdende Machtkonzentration in Form von Kapital und Einfluss von wenigen steht wachsende materielle Unsicherheit von vielen gegenüber. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt nach Schätzungen 35% des Vermögens in Deutschland, vierzig Prozent haben keinerlei Rücklagen. Diejenigen, die viel besitzen, können einen höheren Beitrag leisten, um die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen: Klimawandel, Digitalisierung, demographischer Wandel, Wohnungsmangel, Bildungsgerechtigkeit und Förderung einer effektiven Vermögensbildung für alle.

In einem Interview, abgedruckt in den Grafschafter Nachrichten vom 08. Februar 2022 sagt der Unternehmer und Mitunterzeichner Peter Reese:

„Gerade das oberste Prozent der Besitzpyramide zahlt faktisch, sowohl anteilig als auch in absoluten Zahlen gemessen, deutlich geringere Steuern als die Leistungsträger des Landes und sogar als Normalverdiener.

Großzügig gerechnet zahlen Milliardäre effektiv acht Prozent Steuern auf ihr Einkommen aus Kapital und keine Steuern auf den permanent steigenden Wert ihres Vermögens. Erklären Sie das mal einem Normalverdiener, dessen Lohn je nach Steuerklasse schnell mal mit effektiv 25 Prozent besteuert wird.“

Niedrigere Steuern für Unternehmer forderte unterdessen Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer. Die Besteuerung von Personengesellschaften sollte „auf das Niveau von Kapitalgesellschaften gesenkt werden“, verlangte er. Wollseifer verwies auf Belastungen für viele Betriebe in der Corona-Krise.

7) taxmenow - Initiative für Steuergerechtigkeit e.V.

## Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (seit 1949)

1	Fritz Schäffer,	CSU,	20. September 1949 - 29. Oktober 1957
2	Franz Etzel,	CDU,	29. Oktober 1957 - 14. November 1961
3	Heinz Starke,	FDP,	14. November 1961 - 19. November 1962
4	Rolf Dahlgrün,	FDP,	13. Dezember 1962 - 28. Oktober 1966
5	Kurt Schmücker,	CDU,	28. Oktober 1966 - 30. November 1966
6	Franz Josef Strauß,	CSU,	2. Dezember 1966 - 20. Oktober 1969
7	Alex Möller,	SPD,	22. Oktober 1969 - 13. Mai 1971
8	Karl Schiller,	SPD,	13. Mai 1971 - 7. Juni 1972
9	Helmut Schmidt,	SPD,	7. Juni 1972 - 16. Mai 1974
10	Hans Apel,	SPD,	16. Mai 1974 - 15. Februar 1978
11	Hans Matthöfer,	SPD,	16. Februar 1978 - 28. April 1982
12	Manfred Lahnstein,	SPD,	28. April 1982 - 1. Oktober 1982
13	Gerhard Stoltenberg,	CDU,	4. Oktober 1982 - 21. April 1989
14	Theo Waigel,	CSU,	21. April 1989 - 27. Oktober 1998
15	Oskar Lafontaine,	SPD,	27. Oktober 1998 - 18. März 1999
—	Werner Müller, (kommissarisch)	parteilos,	18. März 1999 - 12. April 1999
16	Hans Eichel,	SPD,	12. April 1999 - 22. November 2005
17	Peer Steinbrück,	SPD,	22. November 2005 - 28. Oktober 2009
18	Wolfgang Schäuble,	CDU,	28. Oktober 2009 - 24. Oktober 2017
—	Peter Altmaier, (kommissarisch)	CDU,	24. Oktober 2017 - 14. März 2018
19	Olaf Scholz	SPD	14. März 2018 - 8. Dezember 2021
20	Christian Lindner	FDP	8. Dezember 2021, amtierend

Daten für das Schaubild

Quelle: Bundesfinanzministerium – Die Chronik der Bundesfinanzminister

Nachdem Theo Waigel nicht mehr Finanzminister war, weil die CDU in die Opposition musste und nachdem Oskar Lafontaine dem Genossen der Bosse die Brocken vor die Füße geschmissen hatte und abgesehen von den zwei kommissarischen gab es nach 1998 bis zum Ende der Ära Merkel vier Finanzminister. Sie hießen Hans Eichel, Peer Steinbrück, Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz.

Hier noch einmal Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des DGB:

„Bis heute lässt sich international die Behauptung nicht belegen, dass sich niedrigere Steuerlasten in mehr Wachstum und Wohlstand auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ummünzen.

Die legale Steuerentlastung darunter hat übrigens auch nicht zur Eindämmung von Steuerhinterziehung oder auch von Steuerflucht geführt; im Gegenteil haben sich illegale Gestaltungspraktiken verstärkt. 8)

8) Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland / Claus Schäfer. - [Electronic ed.]. - Bonn, 1998. - 33 S. : graph. Darst. = 45 Kb, Text . - (FES-Analyse)

Und was geschieht demnächst?

Vielleicht dies?



© Karikatur: Klaus Stüttmann

An der Zapfsäule, bei der Heizkostenabrechnung oder an der Supermarktkasse bekommen zurzeit viele Bundesbürgerinnen und Bundesbürger gerade mehr als nur Magengrummeln: Vor allem Menschen mit geringem und normalen Einkommen geraten durch die steigenden Energiepreise in immer größere finanzielle Nöte.

**Doch leerer Magen und abgeklemmter Strom dürfen nicht die Folge sein:  
Das Leben muss für alle bezahlbar bleiben!**

52 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland mit einem relativ niedrigen Haushaltseinkommen bis 2000 Euro netto monatlich sehen sich genötigt, weniger Lebensmittel zu kaufen, weil die Preise so stark gestiegen sind, insbesondere für Energie. Darunter wollen rund 18 Prozent den Konsum von Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren und Ähnlichem sogar „bedeutend“ zurückfahren. 63 Prozent geben zudem an, beim Kauf von Kleidung und Schuhen inflationsbedingt kürzer treten zu wollen, darunter 28 Prozent „bedeutend“. Das ergibt eine neue Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung auf Basis einer repräsentativen Befragung von Erwerbstätigen und Arbeitsuchenden. 9)

Der akute Druck, den Konsum solcher Alltagsgüter zu reduzieren, nimmt zwar mit wachsendem Einkommen ab. Gleichwohl wirkt er weit in die Gesellschaft hinein: Über alle Einkommensgruppen hinweg wollen 39 Prozent der Erwerbspersonen künftig weniger Nahrungs- und Genussmittel kaufen, darunter zehn Prozent „bedeutend weniger“. Bei Bekleidung und Schuhen wollen sich 53 Prozent einschränken, davon 18 Prozent „bedeutend“. Je nach Energieart geben überdies 62 (Warmwasser) bis 73 Prozent (Strom) aller Befragten an, ihren Verbrauch reduzieren zu wollen. Haushalte mit niedrigen Einkommen liegen bei der Haushaltsenergie wiederum deutlich höher. 10)

Kurz vor der Konzertierte Aktion beim Bundeskanzler sagte Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger: "Die fetten Jahre sind jetzt erst mal vorbei". Deutschland sei viele Jahre durch eine "Wohlstands- und Wohlfühloase" getaumelt. "Aber damit ist jetzt Schluss" 11)

40% der Bevölkerung verfügen über keinerlei Rücklagen, um die drastischen Preiserhöhungen irgendwie aufzufangen. Und wenn man den Herrn Dulger so hört, drängt sich die Frage auf: Von welchem Planeten kommend, ist der gute Mann havariert und hier notgelandet? Von hiesigen Verhältnissen kann er doch wohl auf keinen Fall und beim besten Willen nicht gesprochen haben!

Dulger kritisierte auch Warnstreiks der Gewerkschaft Verdi in Seehäfen - in einer Zeit, in der die Unternehmen dringend Materialien bräuchten. Dies habe ihm sehr missfallen. Vielleicht brauche man einen "nationalen Notstand", der auch das Streikrecht breche, sagte Dulger. Er sei aber auf keinen Fall dafür, das Streikrecht einzuschränken. Dieses sei eines der Grundrechte. 12)

**Klar: Wenn das Streikrecht durch eine Notstandsverordnung ausgehebelt wird,  
kann man es selbstverständlich rein formal bestehen lassen!**

Wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten uns ziemlich warm anziehen und müssen uns wohl mächtig ins Zeug legen, um das zu verhindern, was dem Herrn Dulger noch so alles an Forderungen einfallen könnte. Die Demonstrationen am 22. Oktober 2022 waren dazu ein guter Auftakt. Als einmalige Aktionen werden sie aber nicht ausreichen.

9) Jan Behringer, Sebastian Dullien: Energiepreisschock: Besonders Geringverdiener wollen Konsum deutlich einschränken. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung. IMK Policy Brief Nr. 125, Juni 2022.  
Download: [https://www.boeckler.de/de/faustdetail.htm?sync\\_id=HBS-008342](https://www.boeckler.de/de/faustdetail.htm?sync_id=HBS-008342)

10) pm\_imk\_2022\_06\_29 Pressedienst IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung

11) [Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger bringt Brechung von Streikrecht ins Gespräch - DER SPIEGEL](#) 30.06.2022, 13.33 Uhr

12) Ebd.

## Der Zusammenhang

Bertolt beschreibt den Zusammenhang in dem hier zugrundeliegenden Konflikt in einem Vierzeiler:

„Reicher Mann und armer Mann  
standen da und sah`n sich an.  
Und der Arme sagte bleich:  
Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Bertolt Brecht  
(Werk: Kindergedicht "Alfabet")

Jetzt stehen wieder braune Rattenfänger in den Startblöcken, um die Krisen für ihre ekelhafte Propaganda auszunutzen. Können wir und wollen wir es uns leisten, Querdenkern, der AFD und anderen rechten und rechtsextremen Gruppierungen die Straßen und Plätze unserer Städte zu überlassen?

Die rechten Demonstrationen wurden einmal als Revolte zur Verhinderung der Revolte bezeichnet, weil diese die Protestierenden von den tatsächlichen Ursachen ihrer Situation ablenken, indem sie den zugrundeliegenden Konflikt zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten in einen Konflikt zwischen Innen und Außen umdeuten.

Und dass es sich hier tatsächlich um einen Konflikt zwischen Arm und Reich, zwischen Oben und Unten handelt, dafür stehen auf den vorderen Seiten doch reichlich Belege.

„Zorn und Unzufriedenheit  
allein genügen nicht,  
so etwas muss praktische Folgen haben.“

Bertolt Brecht

Unser alter kämpferischer Bezirksleiter der IG Metall, Willi Bleicher, hat einmal in einer harten Tarifauseinandersetzung gesagt:

**„Millionen sind stärker als Millionäre“.**

Diese Aussage stimmt im Prinzip auch heute noch. Aber eben nur dann, wenn es sich **nicht** um Millionen Einzelne handelt, und wenn es ihnen gelingt, sich zusammenzutun und sich zu organisieren.